

Der Zimmerer.

Organ des Verbandes deutscher Zimmerleute (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich Sonnabends.

Preis pro Quartal ohne Bestellgeld Mk. 1,50. Anzeigen: die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf., für Versammlungsanzeigen 10 Pf. pro Zeile.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg. Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Fehlfstraße 28, I.

Nr. 31.

Hamburg, den 4. August 1894.

6. Jahrgang.

Inhalt: Bauschwindel. — Die Religion des Kapitalismus. — Organisation der Arbeitsvermittlung in Köln. — Berichte. — Baugewerbliches. — Sozialpolitisches. — Gewerkschaftliches und Lohnbewegung. — Gewerbegerichtliches. — Arbeiterversicherung. — Vermischtes. — Eingekandt. — Literarisches. — Briefkasten der Redaktion. — Quittung. — Sterbekasse. — Versammlungs-Anzeiger. — Anzeigen. — Verkehrslokale. — Feuilleton: Ueber Luftschiffahrt.

Nr.	Name	Merk
11032	Schnell	1,—
11806	Böttger, D.	—,50
23699	Prätisch, B.	—,50
27043	Schulte, G.	—,50
27700	Wolter, D.	—,50
28401	Fleßner, C.	—,50
33447	Regel, Fr.	—,50
33931	Schulz, S.	—,50
35569	Möller, Fr.	—,50

Lohnbewegung.

Der Bezug ist fernzuhalten von **Barth i. B.**, in **Bremen** von den Schmidt'schen Arbeiten, besonders vom Brückenbau, in **Düsseldorf** von den Plänen und Bauten der „Meister“ Frank, Fuchs und Wunsch, und in **Wandsbek** vom Koch'schen Plage und von dessen Bauten.

Aufforderung.

Nachdem jetzt genau festgestellt ist, wer von den reisenden Mitgliedern diesen letzten Winter Wanderunterstützung erhalten hat, muß leider konstatiert werden, daß wiederum eine Anzahl von Auszahlern der Reiseunterstützung die gegebene Instruktion entweder garnicht oder doch nur sehr oberflächlich beachtet haben. Bei der Kontrolle hat sich ergeben, daß einestheils an Mitglieder, welche dem Verbands noch kein halbes Jahr angehört, die Unterstützung unbeanstandet ausbezahlt wurde. Andererseits wurde aber auch die Unterstützung recht häufig an Mitglieder zweimal an einem Tage ausbezahlt. Beides verstößt gegen die Instruktion, sowie gegen das Statut.

Es werden deshalb nachbenannte Mitglieder aufgefordert, den neben ihren Namen vermerkten Betrag bis spätestens zum 1. September **direkt**, unter der Bezeichnung „Reiseunterstützung zurück“, an die Hauptkasse einzusenden.

Wer bis zu genanntem Datum von den aufgeführten Mitgliedern seiner Pflicht nicht genügt hat, wird aus dem Verbands ausgeschlossen.

Nr.	Name	Merk
2764	Oberländer, G.	3,50
2879	Schmidt, E.	—,50
3224	Michaelis, C.	—,50
5230	Jordan, Conr.	—,50
5238	Zink, S.	—,50
5787	Winter, S.	1,—
6011	Lühr, A.	—,50
6561	Finke, D.	—,50
7349	Wardzinski, M.	1,—
9056	Jahn, D.	—,50
9063	Ruhn, S.	—,50
9158	Müller, Chr.	1,—
9162	Zanger, Fr.	3,—
9208	Arp, S.	—,50
9210	Wegden, W.	—,50
9599	Duwe, S.	—,50
9624	Reinhardt, Fr.	—,50
10392	Beyer, C.	—,50
10872	Fürst, S.	—,50
10879	Hübner	—,50
10884	Sorge, C.	1,50
10959	Bartels, G.	3,—
11002	Reimling	—,50

Gleichzeitig müssen wir zum wiederholten Mal auf das vom Verbandsvorstand herausgegebene statistische Material hinweisen. Ueber 90 Lokalverbände haben bis heute trotz aller Aufforderungen weder die Statistikkarten noch Bogen an uns zurückgeliefert.

Wir erwarten, daß diese Aufforderung genügen wird, die Säumigen an ihre Pflicht zu erinnern. Erfolgt aber dennoch die Einsendung der Karten und Bogen nicht, so fühlen wir uns gezwungen, die Namen der betreffenden Lokalverbände in nächster Zeit im „Zimmerer“ zu veröffentlichen.

Das, was eben über die Statistik gesagt wurde, gilt gleichfalls für die Meldung der neu- oder wiedergewählten Vorstandsmitglieder. Auch hier hat ein großer Theil der Lokalverbände es bisher nicht für nothwendig befunden, uns die **Namen und genauen Adressen** der Vorstandsmitglieder zu melden. Deshalb müssen wir nochmals recht dringend ersuchen, das Versäumte sofort nachzuholen.

Der Verbands-Vorstand.

S. A.: Fr. Schrader.

Bauschwindel.

I.

Ueber Bauschwindel wird jetzt in vielen Versammlungen und auch in den meisten großstädtischen Zeitungen geklagt, es werden duzende Mittel vorgeschlagen, die alle das Wunder bewirken sollen, den Bauschwindel zu beseitigen. An die öffentliche Meinung und an die Gesetzgebung wird fast jeden Tag appellirt, damit sie sich in's Zeug legen möchten gegen das Uebel, das den „Handwerkerstand, überhaupt den Mittelstand, aufreißt, der doch die festeste Stütze für Thron und Altar bildet und vor Allem die heutige Ordnung gegen die Umstürzler schützt.“ Und so geht die Salbaderei in den verschiedenartigsten Versionen weiter.

Wir leugnen nicht, daß der Bauschwindel sehr viel zur Zerfetzung der besitzenden Klassen beiträgt, sondern wir haben dieses schon früher (vergl. Nr. 51 d. Bl. von 1892) ganz offen anerkannt. Es kann uns aber trotzdem nicht einfallen, gegen den Bauschwindel in der Absicht Stellung zu nehmen, der Zerfetzung der besitzenden Klassen etwa Halt! gebieten zu wollen. Einmal wäre das ein nutzloses Unternehmen, weil es die naturgemäße Entwicklung der Produktionsweise mit sich bringt, daß sich analog auch die besitzenden Klassen zersetzen. Dann

würden wir aber auch gegen die Interessen der Arbeiterklasse handeln, die absolut gar keinen Vortheil davon hat, daß die „Stützen für Thron und Altar“ erhalten bleiben. Der ganze Kampf der gegenwärtig von und für den „Mittelstand“ geführt wird und der auch seinen Ausdruck im Kampfe gegen den Bauschwindel findet, ist schon im kommunistischen Manifest klar erkannt, dort heißt es: „Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie Alle bekämpfen die Bourgeoisie (die hier gleichbedeutend ist mit den Grundstückspekulanten, Baugeldgebern usw.) um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen.“

Vom revolutionären Standpunkt aus betrachtet, muß unbedingt die Ansicht als die weitgehendste bezeichnet werden, die kürzlich im Organ der Bauspekulanten, „Der Bau“, zum Ausdruck kam und in folgenden Sätzen zusammengefaßt wurde: „Wir vertreten die Ansicht — so schreibt „Der Bau“ —, daß die freie ungehinderte Entwicklung der Kraft jedes Einzelnen, allein eine gedeihliche Entwicklung des ganzen Volkskörpers bewirken kann, daß jede systematische Einschränkung fast stets nachtheilige Folgen zeitigt und daß der Fortschritt aller Kultur auf den fortwährenden Kampf des Menschen mit dem Menschen zurückzuführen ist. Es ergibt sich hieraus, daß wir dem Innungswesen nicht hold sind, daß wir die Gewerbefreiheit als einen Segen betrachten. Dem Vorwurf, daß eine schrankenlose Freiheit Auswüchse zeitigt, wie im Baugewerbe das Spekulantenthum, begegnen wir damit, daß ein Jeder, der im Leben steht, darauf angewiesen ist, seine Kräfte nicht nur zum Trutz, sondern auch zum Schutz anzuwenden und daß das Gesetz Jedermann zu Gebote steht.“ Dieser Standpunkt ist nichts Anderes, als theoretischer Anarchismus und läme es uns lediglich nur darauf an, die heutige Gesellschaftsordnung zu stürzen, dann könnten wir nichts Besseres thun, als diesem theoretischen Standpunkt, mit allen seinen Konsequenzen, praktisch Geltung zu verschaffen; denn bisher ist derselbe noch keineswegs praktisch durchgeführt.

Die Bauspekulation, besonders ihre konsequente Form, der Bauschwindel, trägt sehr viel zur Konzentration des Kapitals in wenige Hände bei, und dies muß nothwendigerweise zum Sturze der heutigen Gesellschaftsordnung führen. Wenn wir aber trotzdem den Kampf gegen den Bauschwindel aufnehmen und Gesetze verlangen, welche die Raffinirtheit im Zaume halten sollen, mit der heute ganz offen geschwindelt wird, dann geschieht das darum, weil unter dem raffinirten Bauschwindel die Arbeiter am meisten leiden.

Wollen wir aber in irgend eine Funktion des heutigen Wirthschaftssystems eingreifen, dieser womöglich irgend welchen Zwang anthun, dann müssen wir dieselbe vorher erst kennen lernen, wir dürfen keineswegs so vorgehen, wie kürzlich ein Antisemit, der eine Broschüre unter dem Namen: „Der Fall Seger“, über das Bauschwindelthum geschrieben hat, und darin einfach die Behauptung aufstellt: „Dem Nothstande

unter dem die Bauhandwerker jetzt leiden, muß und kann umso eher abgeholfen werden, als er nicht die Folge der natürlichen wirtschaftlichen Entwicklung, der veränderten Produktionsbedingungen . . ., sondern lediglich die Folge unrichtiger und unlogischer Rechtsanschauungen und Rechtsbestimmungen ist." Das sind Worte und nichts als Worte, sogar recht leere Worte, die freilich in noch besserem Lichte erscheinen, wenn man weiß, daß der betreffende Antifemist so wenig mit dem Baugewerbe Bescheid weiß, daß er in derselben Broschüre schreibt: „Was nun speziell die Bauhandwerker anbetrifft, so spielt die Maschine in der Entwicklung ihres Gewerbes nicht die geringste Rolle. Häuser können auch heute noch nicht fabrikmäßig hergestellt werden, der Stein muß an den Stein, der Balken an den Balken gefügt werden, und jeder einzelne Bestandtheil am Hause, vom Rohbau bis zu den kleinsten Einzelheiten der Ausstattung und Ausschmückung, allenfalls nur die Erzeugnisse der Metallgießereien ausgenommen, bedarf der schaffenden Hand des Handwerkers. Also nicht die angeblich verhängnisvolle Maschine, sondern allein der Schwindel ist es, der unsere Bauhandwerker um den Ertrag ihrer Arbeit, um die Mittel ihrer Weiterexistenz bringt — jener Schwindel, den eine verderbliche liberale Gesetzgebung und ein falsches Rechtsprinzip in unserem wirtschaftlichen Leben großgezogen haben.“

So oder ähnlich so fassen freilich auch die Wortführer der Innungsmeister die Sache auf.

Solchen Behauptungen gegenüber wäre es am Platze, zu untersuchen, welche Veränderungen sich im Verhältnis zwischen den Produzenten und Konsumenten, zwischen dem Bauhandwerker und Benutzer der Bauten also, im Laufe der Zeit, sagen wir im letzten Jahrhundert, vollzogen haben. Dieses würde aber in den Rahmen eines Zeitungsartikels nicht gut passen, wir müssen uns daher kürzer fassen und von der technischen Vervollkommnung der Baugewerbe ebenfalls absehen. Indessen läßt sich auch mit verhältnismäßig wenig Sätzen zeigen, daß für das Baugewerbe heute ganz andere Verhältnisse existieren als früher und kein Mensch, der diese neuen Verhältnisse kennt, wird behaupten wollen, daß dieselben künstlich geschaffen worden wären, oder irgend etwas mit der „liberalen Gesetzgebung“ und dem falschen „Rechtsprinzip“ zu thun haben.

Sehen wir uns zunächst die Statistik über die Vermehrung der Einwohner in Deutschland an! In Mayer's „Allgemeines statistisches Archiv“ finden wir folgende Tabelle:

Jahr	Einwohnerzahl	
	im deutschen Reich	in den Städten mit über 100 000 Einw. und ihren Vororten
1867	40 088 825	3 432 261
1871	41 058 792	3 883 923
1875	42 727 660	4 538 895
1880	45 234 061	5 211 366
1885	46 855 704	5 969 089

Darnach betrug die Zunahme im deutschen Reich 16,8 pZt., in den Städten mit über 100 000 Einwohnern und ihren Vororten 73,8 pZt.

Die Großstädte mit ihren Vororten zusammen nahmen von 1867—85 2 537 828 oder pro Jahr 140 990 Einwohner zu. Berlin allein hat seit 1858, wo 458 612 Einwohner, bis 1889, wo über 1 1/2 Millionen Einwohner gezählt wurden, über 200 Prozent oder durchschnittlich pro Jahr 32 543 Einwohner zugenommen.*) Wir können

*) Sollte aber hier eingewendet werden, daß die ungeheure Menschenansammlung in den Großstädten gerade durch die „liberale Gesetzgebung“ veranlaßt worden ist, so möge man die Statistik über die Zunahme der Einwohner Berlins noch etwas näher betrachten, dann wird man finden, daß eine ganz ungeheure Zunahme schon da stattfand, als noch Niemand wußte, was liberale „Gesetzgebung“ eigentlich ist. Die erste Volkszählung in Berlin fand im Jahre 1709 statt, wo die bis dahin für sich bestehenden fünf Städte zu einer Stadt Berlin unter einem gemeinschaftlichen Magistrat vereinigt wurden. Die zweite Volkszählung war im Jahre 1720. Von 1722 bis 1822 waren jährliche Zählungen angeordnet, dann wurden sie in dreijährigen, von 1867 bis 1875 in vierjährigen und seitdem in fünfjährigen Zwischenräumen vorgenommen. Bis zum Jahre 1840 galten die Zählungsergebnisse in Ermangelung näherer Terminbestimmungen für den Jahreschluß, 1843 für den Stand am 15. Dezember, von 1846 bis 1867 am 3. Dezember, seit 1871 für den 1. Dezember. Aus einer Tabelle in dem Werke des Direktors Büch über die letzte Volkszählung, worin die Einwohnerzahl Berlins in sämtlichen Jahren von 1709 bis 1890, mit Ausschluß der Jahre 1710 bis 1719, zum Theil nur schätzungsweise verzeichnet ist, geht hervor, daß Berlin im Jahre 1709 bereits 56 600 Einwohner hatte; zur Verdoppelung dieser Zahl waren 41 Jahre erforderlich (1750: 113 289 Einwohner), die zweite Verdoppelung erforderte 77 Jahre (1827: 230 630 Einwohner), die dritte nur etwas über 31 Jahre (1858: 458 612 Einwohner), die vierte 17 Jahre (1875: 966 858 Einwohner). Die Million war Ende 1877 überschritten, 1889 zählte Berlin bereits über 1 1/2 Millionen Einwohner, aber die fünfte Verdoppelung ist bei der letzten Volkszählung noch nicht erreicht. Im Durchschnitt hat die Zunahme der Bevölkerung von 1709 bis zur letzten Zählung jährlich 1,86 pZt. betragen; sie war jedoch sehr abweichend in den verschiedenen Zeiträumen, von 1709 bis 1799 jährlich 1,23 pZt., in den 90 Jahren dieses Jahrhunderts 2,50 pZt. Nach Dezennien verglichen betrug die Zu-

also sagen, daß in der Zeit von 1867—1885 auf dem Terrain der Städte mit über 100 000 Einwohnern und deren Vororte nicht weniger als nochmals 25 Großstädte erbaut werden mußten. In Berlin allein mußten alljährlich für rund 32 000 Personen Wohnungen geschaffen werden und dazu die Gebäude, die als Werkstätte, Kaufläden usw. dienen. Also man kann sagen, zu Berlin ist seit 1858 jedes Jahr eine mittlere Stadt hinzugebaut worden. Dazu kommt noch, daß in vielen Großstädten kolossale Veränderungen vorgenommen, daß ganze Stadttheile abgebrochen wurden, wie in Leipzig und Hamburg, wo übrigens auch der großartige Freihafen angelegt worden ist, der noch bedeutend mehr Arbeit verursacht hat, als andere gewöhnliche Bauten. Daß unter solchen Umständen auch das ganze Baugewerbe sich anders gestaltete wie früher, daß sich dasselbe anders gestalten mußte, liegt ganz klar auf der Hand.

Sehen wir von den Fabrikanten und ähnlichen Personen ab, die sich ansiedelten und Bauten selbst veranlaßten, dieselben dann den verschiedenen Baugewerksmeistern zur Ausführung übergaben, wie das früher allgemein Gebrauch war. Die meisten Personen, die sich ansiedelten, waren Proletarier oder solche Leute, die vielleicht gerade soviel Kapital besaßen, um ein Geschäftchen zu begründen, aber beileibe nicht im Stande waren, sich ein Gebäude aufführen zu lassen. Dieses wurde mit der Zeit ein besonderes Geschäft. Wir finden bald Kapitalisten, die Miethshäusern errichten.

Dieser Gesellschaftsklasse kommt es aber weniger darauf an, Häuser zu errichten, als dieselben auszubeuten, sie kaufen schließlich lieber gleich ein fertiges Haus, als daß sie erst ein solches errichten sollen. Die „Handwerksmeister“, die heute so viel klagen und fast ebenso viel beklagt werden, führen schließlich selbst, auf eigenes Risiko, Bauten auf und halten dieselben dann feil, etwa wie der Schuhfabrikant die Schuhe und Stiefel, die in seiner Fabrik gefertigt werden. Reicht das Kapital Desjenigen, der in der Ausbeutung der Miethshäusern „machen“ will, oder Desjenigen, der Häuser auf

nahme von 1720 bis 1890 bez. 11,4, 12,0 39,7, ÷ 10,3 (siebenjähriger Krieg), 31,4, 5,3 7,3, 14,1, in diesem Jahrhundert: ÷ 5,3 (französische Besetzung), 22,3, 24,2, 30,3, 29,8, 18,0 bezw. mit Weichbild-Erweiterung 26,3, 46,4, 45,1 und 40,6 pZt. Also nicht die „liberale Gesetzgebung“ veranlaßte die ungeheure Vermehrung der Einwohner der Großstädte, sondern diese Zunahme machte die „liberale Gesetzgebung“ notwendig.

Ueber Luftschiffahrt.

Daß das Durchschiffen der Lüfte keineswegs Zukunftsmusik ist, sondern heute alle Tage gelebt wird, weiß jedes Kind, und doch hat die Menschheit Jahrtausende gelebt, ohne je im Stande gewesen zu sein, den Boden der Erde zu verlassen.

Der Jesuitenpater de Lana war der Erste, der 1670 den Weg hierzu gewiesen; vier luftleer gemachte Kugeln sollten das Schiff heben; die atmosphärische Luft drückte aber die dünnen Kupferwände zusammen. Franzosen, die Gebrüder Stephan und Josef Montgolfier, füllten zuerst einen Ballon mit heißer Luft, der leichter als die Atmosphäre, am 5. Juni 1783 emporstieg; Charles und die Gebrüder Robert aber füllten bald darauf ihren Ballon mit Gas, zuerst 1784 mit Wasserstoff. Die Erfinder wurden zu außerordentlichen Mitgliedern der Pariser Akademie der Wissenschaften ernannt und mit den höchsten Ehren ausgezeichnet. Der Luftschiffer Blanchard, der 1785 bereits über den Kanal gefahren war, ward in Berlin mit Ehren und Geschenken förmlich überschüttet, als er am 27. September 1788 auf dem damaligen Exerzierplatze, wo heute das Reichstagsgebäude errichtet ist, aufstieg. Vergeblich waren die Versuche, mit Rudern und Segeln den Ballon lenkbar zu machen, und mit Recht erklärte bereits 1784 die Pariser Akademie alle derartigen Versuche für vergeblich: allein die richtige Benutzung der Luftströmungen ist das Mittel, den Luftballon zu steuern.

Auch die Verwendung des Ballons für wissenschaftliche Zwecke danken wir den Franzosen. Gay Lussac war der Erste, der 1804 eine Luftfahrt für wissenschaftliche Zwecke unternahm. Der englische Astronom Welch (1852) und sodann Blaisier, der Chef der Sternwarte von Greenwich, benutzten gleichfalls den Luftballon für wissenschaftliche Beobachtungen. Seit 1881 wetteifert Deutschland mit Franzosen und Engländern auch auf diesem Gebiet mit ausgezeichnetem Erfolge: der „Deutsche Verein

zur Förderung der Luftschiffahrt“, der in jenem Jahre begründet wurde, hat durch die Fahrten der Vereinsballons „Meteor“, „Humboldt“ und „Phönix“ der Wissenschaft die besten Dienste geleistet.

Die Verwendung des Ballons im Kriege, die zuerst 1794 bei Fleurus versucht wurde, hat bei der Belagerung von Paris für den Verkehr der belagerten Stadt mit den Provinzen beinahe die allerwichtigsten Dienste geleistet. Gambetta, der im Ballon aus Paris während der Belagerung entkam, hat für die Förderung der Luftschiffahrt später eine Million Francs flüssig gemacht. Der lenkbare Luftballon Renard's ist das Resultat dieser Bemühungen: die Fahrten am 25. August, 22. und 23. September 1884 von Paris und nach Paris zurück sind hochwichtige Leistungen der Luftschiffahrt. Es scheint aber, als ob dieser Ballon die Grenze gewiesen hat für die Vervollkommnung der Luftfahrten mittelst eines Ballons: die Eigengeschwindigkeit bleibt schwach gegenüber dem Winde. Vielleicht muß ein anderer Weg beschritten werden, um dem Luftschiff die freie Beweglichkeit zu geben, wie sie der — Vogel besitzt.

Vom „fliegenden Manne“ wissen schon die Märchen und Sagen des Alterthums zu erzählen. Nicht nur die griechische Bildnerkunst hat den Mythos von Dädalos und Ikaros in Sculpturen behandelt: auch auf dem Grabmal einer Königin Aegyptens zu Marone aus dem dritten Jahrtausend befindet sich das geflügelte Bildnis einer Frau. Die alten Japaner bildeten eine weibliche Göttin geflügelt; das Bildniß personifizirt wohl die weibliche Natur: die Pfauenfedern deuten auf weibliche Eitelkeit. In jenen Bildnissen sieht man nirgend, wie auf den mittelalterlichen und modernen Engelbildstellungen, ganz unorganisch die Flügel mitten aus dem Rücken herausgewachsen, die Arme vielmehr sind die natürlichen Flügelansätze. So zeichnete richtig auch Leonardo da Vinci seine geflügelten Menschenbilder. Jener große Meister der Renaissance, fast gleich groß auf allen Gebieten der bildenden Künste wie der Technik, unterschied sehr richtig im Flugproblem, mit dem er eifrig sich beschäftigte —

als der Erste der Fliegekünster, eine physikalische und eine technische Aufgabe. Wir besitzen noch heute etwa ein Hundert seiner Handzeichnungen, die der Erkenntniß des Vogelzugs gewidmet sind, während hundert andere Flugapparate darstellen. Leonardo wußte bereits, daß man für das Flugproblem die schlagende Bewegung in eine drehende, die stoßförmige in eine gleichmäßige verwandeln müsse; auch der Fallschirm ist bereits von ihm erfunden, den dann 1784 Sebastian le Normand zum dritten Male erfunden hat, worauf ihn der bekannte Luftschiffer Garnerin alsbald auch praktisch erprobte. Leonardo's Beobachtungen und Nachahmungen des Vogelzuges mußten mangelhaft bleiben, ebenso wie die rechnerischen Untersuchungen es waren, die später Borelli über das Fliegen der Vögel angestellt hat; denn mit dem bloßen Auge die Flügelbewegung des Vogels zu erfassen, ist schwer, ja unmöglich.

Erst die chronographische Methode des Franzosen Marey, die es ermöglichte, die einzelnen Zeitmomente der Flügelbewegung voneinander zu unterscheiden und die Entdeckung der Lückenplatte in England, die es gestattet, selbst rasche Thierbewegungen zu photographiren, führte zu einer Schärfe der Beobachtung, wie sie für die Erkenntniß der Flugbewegungen nothwendig ist. In Nordamerika, in Genf machte man Momentaufnahmen mit bestem Erfolge; bei uns vor Allem auch Ottomar Anschütz zu Wissa. Jetzt konnte man die Flügelbewegungen der Taube wie des Raubvogels, des Storches wie der Wöbe voneinander scharf unterscheiden, sie in alle einzelnen Momente des Fluges zerlegen. Marey's weitere Erfindung seines sogenannten „hynoptischen Tableaus“ gestattete gleichzeitige Aufnahmen von verschiedenen Seiten; man erkannte, daß alle Flügeltiere nach vorn mit ihren Flügeln schlagen, nicht nach hinten, wie noch Leonardo und Borelli lehrten. Die Vögel lassen sich, je nach der Größe der Flügel im Verhältnis zum Körper, wie die Segelschiffe klassifiziren als schlechte und als gute Segler. Die besten Segler sind die Möven, die auch in kürzester Zeit bei heftigem Windstoße ihre Segel zu „reffen“, klein zu machen verstehen, eine Fähigkeit, die Insekten z. B.

eigenes Risiko erbauen und dann verkaufen will, nicht aus, so nimmt er sich einen Sozium, hat dieser nicht genug, so sucht er und findet schließlich Kapitalisten, welche sich an dem Unternehmen mit ihrem Gelde betheiligen.

Soweit ist Alles in Ordnung, ohne solche Einrichtungen kann die Gesellschaft garnicht existieren, so lange sich der Nationalreichtum, oder das Nationalvermögen in den Händen Privater befindet. Alle diese Einrichtungen zusammen bilden gewissermaßen erst das kapitalistische Wirtschaftssystem.

Die Bauspekulation braucht auch noch garnicht weiter entwickelt zu sein, als wie wir eben zeigten, und trotzdem kann für die Bauhandwerker ein ganz fürchterlicher Nothstand eintreten. Man braucht sich nur den Fall zu denken, daß die Zunahme der Einwohner auf längere Zeit unterbrochen wird, und das trifft in großen Städten verhältnismäßig oft zu. Das zeigen uns z. B. schon die Ergebnisse der Volkszählungen in Berlin, die wir weiter oben anführten. In den letzten Jahren ist dieselbe Erscheinung beobachtet worden; die Zunahme der Bevölkerung in Berlin betrug 1890: 49 000, 1891: 47 000, 1892: 33 000, 1893 nur 32 000 Personen. Dementsprechend geht auch ganz naturgemäß die Zahl der Neubauten zurück. Dieselbe betrug in Berlin 1890: 535, 1891: 442, 1892: 338 und 1893: 296. Dieselbe Erscheinung ist in Hamburg konstatiert worden, hier vermehrten sich die Wohngelasse 1892 um 7288, 1893 nur um 5982. Wir haben gewiß kein Interesse daran, um die Bauspekulation oder gar um den Bauschwund einen Heiligenschein zu erzeugen, wir haben aber noch weniger Interesse daran, uns und unsere Leser zu täuschen. Für unsere Organisation und für den Kampf, den dieselbe zu kämpfen hat, ist es am vortheilhaftesten, wenn die Mitglieder der Organisation die mißliebigen Erscheinungen und auch deren Ursachen genau kennen.

Die Bauspekulation hat sich bisher freilich bedeutend weiter entwickelt, als wir oben andeuteten. Dieselbe hat auch traurige Erscheinungen gezeitigt, die wir, wie gesagt, keineswegs verleugnen, sondern in einem zweiten Artikel schildern wollen.

Die Religion des Kapitalismus!

Wie der grell zuckende Blitz einen schauerlichen Abgrund, so hat ein Wort des wohlbekannten Herrn Bueck im preussischen Abgeord-

nicht besitzen. Um aufzusteigen, laufen die Vögel gegen den Wind; manche, wie die Raubvögel, können nur aufsteigen, indem sie sich fallen lassen. Das Verhalten zum Winde ist wichtig für den Flug, denn der Wind ist der Motor beim Fliegen. Eine weitere wichtige Frage aber für die Förderung der Flugtechnik ist die Größe des Kraftaufwandes der verschiedenen Thiere beim Fluge. Der Berliner Ingenieur Otto Lilienthal hatte 23 Jahre lang zusammen mit seinem Bruder Gustav der Beobachtung und rechnerischen Erforschung des Vogelfluges sein Talent und seinen Fleiß gewidmet: die Wirkung der Flügelwölbung, die Verwerthung der aufsteigenden Luftströme hat er richtig erkannt; 1889 veröffentlichte er seine Lösung der Flugprobleme in einer Schrift über „den Vogelflug“ als Grundlage aller Fliegerversuche. Er wußte aber auch, daß bloßes Theoretisieren allein hier nicht helfen könne, sondern nur Zeichnen, Hämmern und Probieren. Nicht nur der Mathematiker reichte hier aus, der Konstrukteur, sondern auch der Praktiker war erforderlich, der dazu gewissermaßen etwas vom Akrobaten in sich haben muß. Anfänglich machte Otto Lilienthal im Garten seine Fliegerversuche; jetzt hat der „fliegende Mann“, wie die Franzosen sagen, sein Flugterrain auf dem Rhinower Berge bei Neustadt an der Dosse, unweit von Neu-Ruppin: die „weiße Fledermaus“ kennt jeder der dortigen Jungen. Die französischen, die amerikanischen Blätter bringen viele Spalten lange Artikel über den deutschen Erfinder, sind voll Begeisterung für die Erfindung und die glücklichen praktischen Versuche; bei uns kennen nur die Wenigsten den Namen Lilienthal's: Der Prophet gilt nichts im Vaterlande! Lilienthal bewegt sich bei seinen Flugmanövern heute bereits über eine Fläche von 300 Metern; die Flugmaschine arbeitet also, wie die Theorie lehrte. Auf diesem Wege, schreibt ein Franzose, ist zu hoffen, daß wir noch vor Ablauf des Jahrhunderts fliegen lernen.

netenhaus den tiefen Abgrund der Gefühllosigkeit moderner Kapitalistenheelen enthüllt. „Ich kann den Behörden und den privaten Kreisen, die sich mit dieser Frage (der Arbeitslosigkeit in großen Städten) beschäftigen, nur sagen: „Landgraf, werde hart, diesen Arbeitslosen gegenüber!“ Denn deren Forderungen müssen auf das Schärffste zurückgewiesen werden, weil sie eben in der sozialistischen Agitation ihre Hauptwurzel und Stütze finden.“ In den Annalen der Geschichte des Kapitalismus darf dieses Wort nicht fehlen, welches, wie kaum ein anderes, so drastisch illustriert, was das kommunistische Manifest von der kapitalistischen Bourgeoisie sagt, daß sie kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen, als das nackte Interesse, als die gefühllose baare Zahlung, und die Schauer spießbürgerlicher Wehmuth in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt hat.

Die Armisten der Armen nennt man mit Recht die Arbeitslosen. Dem Krüppel erschleicht sein hilfloses Gebrechen das Mitgefühl der Passanten, sein lahmes Bein ist sein „Glück“ in den Augen der Hungernden und Frierenden, die „leider“ ihre gesunden Glieder haben — o blutiger Hohn auf die Zivilisation! — und von der fatten Stumpfsinnigkeit als „arbeitscheue Personen“, oder günstigen Falles als Menschen, die nichts Rechtes gelernt haben, betrachtet, verachtet und beargwöhnt werden, weil in den bekanntlich so „gebildeten“ und „aufgeklärten“ bürgerlichen Köpfen noch immer der krasse Aberglaube fest eingestiftet ist, daß auch heute noch „schaffen kann, wer schaffen will und etwas Ordentliches gelernt hat“.

Wer einen Funken Menschlichkeit in der Brust hat und dabei die heutige Massenarbeitslosigkeit als nothwendige Folge der mechanischen Produktionsweise begreift, müßte sich gedungen fühlen, jede Gelegenheit zu benutzen, um jenen unseligen Wahn zu zerstören, den staatlichen und städtischen Behörden das Gewissen zu schärfen und denselben ihre Pflicht der Hülfsbereitschaft gegen die bedauernswerthen Opfer der sozialen Tragik unserer Zeit in's Bewußtsein zu rufen.

Nicht so der Generalsekretär der Großindustriellen. Er — das Sprachrohr seiner Herrschaft, der Großkapitalistenklasse — predigt der Welt das Evangelium der Hartherzigkeit, er ist der Apostel der Gefühllosigkeit, der Paulus der Lieblosigkeit. Hätte er das 13. Kapitel im Korintherbrief zu schreiben, so würde er vermuthlich überall „Kapital“ statt „Liebe“ setzen. Nur der Vers bliebe unberändert.

„Da ich ein Kind war, da redete ich wie ein Kind und war klug wie ein Kind und hatte kindische Anschläge; da ich aber ein Mann ward, that ich ab, was kindisch war.“ Wie über Ammenmärchen lächelt die groß gewordene Bourgeoisie über alle moralischen Sentimentalitäten, ethischen Maximen und politischen Ideale ihrer Jugend. Sie ist verflucht praktisch geworden; was sich nicht zu blankem Profit ausmünzen läßt, ist Mumpitz; Weichherzigkeit, Mitgefühl, Pflicht gegen die Arbeitslosen — Kinderei: „Landgraf, werde hart gegen die Arbeitslosen!“

Nicht, als ob das etwas Nagelneues wäre, oder als ob gewissen arbeiterfreundlichen Phrasen irgend welcher Werth beizulegen wäre. „Thaten reden“, und die Thaten der herrschenden Klasse gegen die Arbeitslosigkeit resp. ihre Unthaten, ihre beharrliche Weigerung, etwas zu thun, und wäre es nur die Errichtung städtischer Arbeitsämter, gewiß die harmloseste Maßregel von der Welt (siehe Stuttgart und Frankfurt), redet deutlich genug. Herr Bueck hat nun mit allerdings kaum dagewesener Offenheit die kapitalistische Praxis zur Theorie, zum Prinzip erhoben, fast hätten wir gesagt: zur Religion, zur Ethik, zur Religion der Lieblosigkeit, zur Ethik der Hartherzigkeit.

Vor zirka acht Jahren hat unser französischer Genosse Paul Lafargue eine beißende und heizende Satire über die „Religion des Kapitals“ im Züricher „Sozialdemokrat“ veröffentlicht; er wäre

der Mann dazu, eine Revision der Bibel im Geiste des Herrn Bueck vorzunehmen. „Wohl Dem, der sich der Armen erbarmet.“ das müßte nunmehr lauten: „Wehe Dem, der sich der Armen erbarmet!“ — „Bricht dem Hungerigen Dein Brot“ müßte nun geändert werden in: „Scheere Dich den Teufel um die Hungerigen.“ — „Wohl Dem, der barmherzig ist“, müßte lauten: „Wohl Dem, der hartherzig ist“ usw. mit Grazie. Wie anmuthig ließe sich der Pfalter kapitalistisch ummeln: „Wohl Dem, der nicht wandelt im Rathe der Sozialdemokraten, noch tritt auf den Weg der Ethiker, noch sitzt da, wo die Humanitätsdusler sitzen, sondern hat Lust allein am Profit und redet von Dividende Tag und Nacht.“

Kein Zweifel, wir werden eines Tages noch mit einem kapitalistischen Katechismus überrascht werden. In demselben wird zu lesen sein, daß es die höchste Bestimmung des Menschen sei, den Gott Mammon anzubeten, ihn zu verehren, ihm allein zu dienen und keinen anderen Göttern neben ihm. Darin wird ferner geschrieben stehen was neulich erst in den „Grenzboten“ behauptet worden ist, daß das wesentliche Merkmal, wodurch sich der Mensch vom Thier unterscheidet, der Besitz, das Eigenthum, das Privateigenthum, der Erwerbstrieb ist. Weber Vernunft, noch Sprache, noch Moral oder Gewissen, sondern die Habsucht und Geldgier erhebt den Menschen über das Thier. Herr Bueck wird den ethischen Theil bearbeiten und die Hartherzigkeit zum moralischen Grundprinzip stempeln. Herr Pastor Schall wird das Blutvergießen im Offiziersduell erlauben. Und von gewissen Juristen wird das Gebot aufgestellt sein, daß das Strafgesetz gegen die besitzende Klasse mit äußerster Milde, gegen die Proletarier dagegen mit äußerster Strenge zu handhaben sei.

Organisation der Arbeitsvermittlung in Köln.

Die Verhandlungen über Errichtung eines allgemeinen Arbeitsnachweises in Köln sind am 24. v. M. unter Vorsitz des Oberbürgermeisters zum Abschluß gekommen. Die Initiative dazu ging von der Kartellkommission der vereinigten Gewerkschaften aus. Dieselbe beantragte im Jahre 1892 die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises, der unter die Kontrolle einer aus 5 Arbeitgeber und 5 Arbeitnehmern bestehenden Kommission gestellt werden sollte. Die Kommission sollte aus freier Wahl mit geheimem und direktem Stimmrecht und der Wahlberechtigung aller, auch der weiblichen Interessenten hervorgehen. Gleichzeitig mit dem Antrag war ein Statutentwurf, welcher die näheren Ausführungsbestimmungen für die Geschäftsführung des zu schaffenden Instituts enthielt, eingereicht worden. Dieser Antrag wurde jedoch von den Stadtvätern kurzer Hand abgelehnt. Kam derselbe doch von den als sozialdemokratisch verschrieenen Gewerkschaften! Und hatte doch auch die Stadtvertretung zu derselben Zeit ihren Standpunkt bezüglich der Frage ihres Eingetretens zur Vinderung des vorhandenen Nothstandes dahin präzisirt, daß sie einfach erklärte, ein außergewöhnlicher Nothstand existiere nicht! — Für das Vorhandensein des Nothstandes haben die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter dann durch Aufnahme der Arbeitslosenstatistik den zahlenmäßigen Beweis erbracht.

Nach dieser ersten Anregung ruhte die ganze Angelegenheit bis zum Januar 1894, wo den Stadtverordneten zwei auf diese Frage bezüglichen Anträge vorlagen: einer des antisemitischen Vereins, der die Gründung eines städtischen Arbeitsnachweises verlangte, und einer des Gewerbevereins, der einen Arbeitsnachweis errichten wollte und hierzu seitens der Stadt eine einmalige Unterstützung von M. 1000 und eine fortlaufende jährliche Unterstützung von M. 4000 verlangte. Die Verwaltung dieses Arbeitsnachweises sollte durch einen Ausschuß von 10 Personen, und zwar 5 Arbeitgebern und 5 Arbeitern, erfolgen, welche aber sämmtlich vom Gewerbeverein bestimmt würden! Ja man war, wohl in der sicheren Voraussicht der Zusage seitens der Stadtverordneten, soweit gegangen, schon die dem Verein für das Amt passende erscheinenden Arbeiter auszuwählen, wie in der Stadtverordneten-Sitzung seitens des Gewerbevereins mitgetheilt wurde. Die Sache kam infolge des Einspruchs der Centrums-Stadtverordneten, der wohl wesentlich in Rücksicht auf den frisch gegründeten Verband katholischer Handwerker und Arbeiter, also einer Konkurrenzrücksicht, seinen Grund gehabt haben dürfte, nicht zu Stande.

Seitens der sozialdemokratischen Arbeiter wurde in einer gut besuchten öffentlichen Arbeiter-Versammlung in entschiedenster Weise sowohl gegen die Subventionierung des Gewerbevereins, als auch gegen die Art und Weise, wie man eine Vertretung der Arbeiter in der sozialpolitischen Kommission zu schaffen beliebt hatte, protestirt. Dieser Protest wurde in eine einstimmig angenommene

Resolution zusammengefaßt, welche sämtlichen Stadtverordneten zugelandt wurde. Auch der Verband der katholischen Handwerker und Arbeiter nahm zu der Frage Stellung und protestierte gegen die Subventionierung des Gewerbevereins zum Zwecke der Errichtung eines Arbeitsnachweises. Der Gewerbeverein zog daraufhin seinen Antrag zurück.

Dann versuchten die Ultramontanen, den zu errichtenden Arbeitsnachweis den katholischen Arbeitervereinen in die Hände zu spielen, wogegen selbstverständlich die Sozialdemokratie wieder Stellung nahm. Sodann gelangte an den Vorsitzenden des sozialdemokratischen Vereins eine Einladung des Oberbürgermeisters mit der Aufforderung, seitens des Vereins drei Personen zu wählen, welche in Gemeinschaft mit der sozialpolitischen Kommission und drei Vertretern des Verbandes katholischer Handwerker und Arbeiter, einem Vertreter des katholischen Gesellen- und einem Vertreter des evangelischen Arbeitervereins, sowie 3 Vertretern des Gewerbevereins, 3 Vertretern des Innungs-Ausschusses und 2 Vertretern des Vereins selbstständiger Handwerker ein Statut zur Errichtung eines Arbeitsnachweises, wofür seitens der Stadtverordneten die Summe von M. 4000 jährlicher Unterstützung bewilligt worden seien, auszuarbeiten hätten. Der sozialdemokratische Verein erklärte, dies sei eine Sache der Gewerkschaften, und stellte seinem Vorsitzenden anheim, mit dem Schreiben nach seinem Gutdünken zu verfahren. Derselbe übermittelte hierauf das Schreiben der Kartellkommission, welche ihrerseits die Sache einer dazu einberufenen öffentlichen Arbeiterversammlung vorlegte. Diese nahm zu der Frage Stellung und wählte 3 Personen mit der Weisung, sich an der Angelegenheit zu beteiligen, jedoch falls sich herausstellte, daß die Arbeiterchaft nur ein Stück Dekoration bilden, auf das zu schaffende Institut aber jeden Einflusses bar sein sollte, ihre weitere Beteiligung einzustellen.

Nach den nunmehr definitiv vereinbarten Satzungen sollen die vertretenen Vereine einen Verband bilden, welcher die vollständige Leitung der Arbeitsnachweisdirektion zu besorgen hat und dem eine Unterstützung aus städtischen Mitteln zu Teil wird. Die Vertretung in dem Verbande setzt sich zu gleichen Teilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter denselben Verhältnissen wie die Vertretung in der Kommission zusammen. Jedoch steht auch noch weiteren Vereinen der Eintritt frei. Ebenfalls kann jeder Verein nach Ablauf einer Kündigungsfrist austreten. Der Arbeitsnachweis erfolgt unentgeltlich für Personen beiderlei Geschlechts, für die getrennte Wartezimmer hergestellt werden. Die Geschäftsstunden sind Wochentags von 10—1 Uhr Vormittags und von 4—8 Uhr Nachmittags, sowie Sonntags von 11—12 Uhr festgesetzt. Arbeitsangebote und Gesuche gelten 14 Tage, wenn sie nicht während dieser Zeit erneuert oder zurückgezogen sind. Die Vertreter der Vereine erhalten auf Verlangen als Vergütung bei den Verbandsversammlungen für einen halben Tag M. 2, für einen ganzen Tag M. 4. Eine Verpflichtung zum Nachweis von Arbeit hat das Institut nur insofern, als Arbeit vorhanden ist. Bei Arbeits Einstellungen beziehungsweise Aussparungen stellt die Arbeitsnachweisleitung ihre Tätigkeit ein.

Die ganze Angelegenheit untersteht nun nur noch der Beschlußfassung der Stadtverordneten resp. ihrer Zustimmung zu den getroffenen Änderungen und ihrer Bewilligung der seitens der Stadt zu zahlenden Summe. Als Termin für das Inkrafttreten des Instituts ist der 1. Oktober in Aussicht genommen.

Berichte.

Dresden. Sonntag, den 22. Juli, fand in der „Eiche“ in Striesen eine ziemlich gut besuchte öffentliche Zimmererversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Der wirtschaftliche und der politische Kampf der Arbeiterschaft, Referent Genosse Einbermann. 2. Gewerkschaftliches. Der Referent legte in klarer, ausführlicher Weise dar, wie sich die Kluft zwischen Arbeit und Kapital erweitert, wie durch die lange Arbeitszeit der Lohn immer mehr heruntergedrückt wird, wie die Maschinen uns nur zum Fluche da seien, anstatt zum Segen. Deshalb müssen wir Hand in Hand gehen. Wir sehen zum Beispiel, daß in Sachen die Regierung immer mehr Gesetze gegen das Recht der Arbeiter macht, während die konservativen und anderen Vereine volle Freiheit haben. Redner schilderte, wie man die Arbeiter zu unterdrücken sucht und sie auf schwarze Listen zeichnet, greift der Arbeiter aber einmal zu seiner einzigen Waffe, die er besitzt, dem Vohkott, so schreibt die bürgerliche Gesellschaft Peter und Nord, die gesammte bürgerliche Presse, sogar Polizei und Staatsanwalt, bieten ihr Möglichstes auf, die Gefinnung der Arbeiter zu unterdrücken. Unsere tüchtigsten Parteigenossen sperren man ein und setzt sie monatlang in Untersuchungshaft. Scheinbar herrscht bei uns Ueberproduktion, was aber nicht der Fall ist. Könnte der Arbeiter sich mit Allem genügend versorgen, was zum Leben nötig ist, dann würde man nichts von Ueberproduktion merken. Die deutsche Reformpartei will das Kleinhandwerk wieder auf goldenen Boden stellen, was ihr nicht gelingen wird. Sie will den Arbeitern helfen, dabei ist sie für ausländische Arbeiter, die billiger arbeiten und dabei auch noch Geld sparen. Die „Deutsche Wacht“, Organ der Dresdener Antisemiten, giebt an, daß die italienischen Arbeiter jeden Sonnabend zur Post gehen und M. 10 bis 15 zu Hause schicken, und fragt, warum könnten unsere Arbeiter nicht auch sparen? Wir müssen auf unseren Bauplänen und überall, wo es sei, agitieren und zur Aufklärung unserer Mitmenschen beitragen. Fol-

gende Resolution wurde angenommen: „Die heutige öffentliche Zimmererversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verpflichtet, mit voller Energie für den Verband deutscher Zimmerer als Einzelkämpfer zu wirken und zu kämpfen.“ Im zweiten Punkt wurde wegen der Ueberstunden auf verschiedenen Bauten debattiert und die Kameraden nochmals an die Ueberstunden-Kommission verwiesen. Dann ertheilte der Vorsitzende dem Referenten noch das Schlusswort, worin er ausführte, daß wir uns nur durch eine stramme Organisation gegen die Ueberstunden wehren können. Es ließen sich auch mehrere Kameraden als Einzelkämpfer einschreiben.

— Mittwoch, den 25. Juli, fand hier im Restaurant Zimmermann, Schönbrunnstraße, eine öffentliche Zimmererversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die Klaffengegenstände der heutigen Gesellschaft. 2. Gewerkschaftliches. Ueber den ersten Punkt referierte Redakteur Eichhorn aus Großschachwitz. Der Referent führte in trefflicher Rede aus, wie die heutige Gesellschaft nur noch aus zwei Klassen besteht, der Besitzenden und der besitzlosen. Der Priester- und der Militärstand marschieren im Gefolge der besitzenden Klasse. Er schilderte, wie die Klaffengegenstände immer schroffer, der Klassenhaß immer größer und der Kampf der Dreieinigkeit Polizei, Waffen und Geldsack immer erbitterter wird, so daß derselbe seit der letzten Reichstagswahl ein wahrer Hegenabbath zu nennen sei. Insbesondere gedachte der Referent der konservativen Herren Wehnert und Adermann vom sächsischen Landtage, die in der Bekämpfung der Sozialdemokratie ein ganz besonderes Talent entwickelten, und die es durch ihre Petitionen gewiß zu einer großen Berühmtheit bringen werden. Wie wenig Bedenken uns aber die Kaiserin unserer Feinde macht, zeigte deutlich der in fast humoristischem Stile gehaltene Vortrag, für welchen der Referent reichlichen Beifall erntete. In der Debatte sprach sich Kamerad Wende dahin aus, daß es unsere Pflicht und Aufgabe sei, durch politische, sowie durch gewerkschaftliche Agitation nach Kräften dahin zu wirken, daß die Adermann, Wehnert und Konsorten baldigst aus dem Landtage sowie auch aus dem Stadt-Parlamente verschwinden, wie sie aus dem Reichstage bereits verschwunden sind. Nur die Ungerechtigkeit des sächsischen Wahlgesetzes hat es ihnen möglich gemacht, sich hier noch zu halten. Kamerad Mißbach führte aus, wie das Christentum in seinem Anfange die Einheit, Gleichheit und Brüderlichkeit predigte und dadurch auch segensreich auf seine Anhänger einwirkte. Wie aber dann später die Pfaffen durch alle erdenklichen Mittel suchten die weltliche Herrschaft an sich zu reißen, wie sie die Bauern unterdrückten und knechteten, ja sogar zu Leibeigenen machten, und wie sie heute nur bemüht sind, die Recht- und Besitzlosen in der Dummheit zu erhalten, damit sie willig Alles thun und lassen, was der regierende Geldsack verlangt. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung erinnerte Kamerad Mißbach an den Zweck und Nutzen des Unterstützungsfonds und sprach den Wunsch aus, daß die indifferenten Kameraden dazu bei jeder Gelegenheit möchten herangezogen werden. Auch machte er bekannt, daß die Einzelmitglieder des Verbandes deutscher Zimmerleute von Dresden und Umgegend für den 26. August d. J. eine Partie in die sächsische Schweiz, verbunden mit Sommerfest im Carola-Bad in Pirna, geplant haben. Eine längere heftige Debatte entpand sich noch wegen der Ueberstundenarbeit, welche beim Baumeister Häbner, sowie bei Karl und Käthly noch tüchtig im Gange ist. Während täglich Scharen arbeitssuchender Kameraden umherirren und keine Arbeit finden, mergeln diese Ordnungsgelassen ihre Leute 12 $\frac{1}{2}$, sogar 13 Stunden aus. Bei Erstgenanntem ist es besonders der Polier Thieme (Traugott), dessen Charaktereigenschaften wir nicht weiter kennzeichnen wollen. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Zimmererbewegung.

Hamburg. Am 17. Juli hielt der hiesige Lokalverband im „Englisch Livoli“ seine regelmäßige Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Die Entwicklung der Technik und die arbeitenden Klassen. 2. Bericht vom Gewerkschaftskartell und Wahl eines Delegierten zu demselben. 3. Die Arbeitsverhältnisse hier am Orte. Das Protokoll der letzten Versammlung wurde verlesen und genehmigt, worauf dem Genossen Sonn zum ersten Punkt der Tagesordnung das Wort ertheilt wurde. Derselbe führte aus, daß man zu Beginn der technischen Entwicklung glaubte, es würde nun ein allgemeiner Wohlstand eintreten, es zeigte sich aber sehr bald das Gegenteil. Jene die technische Entwicklung fortschreitet, umso mehr nimmt die Verarmung der arbeitenden Klasse zu. Redner führte als Beispiel, welche Fortschritte die Technik in den letzten Jahren gemacht hat, den Webstuhl, die Baumwollen-Industrie, die Rattendruckerer usw. an. Durch die schlechte Ernährungsweise, die elenden Wohnungsverhältnisse der Arbeiter, durch die Frauen- und Kinderarbeit verkommt die Menschheit aber physisch und moralisch immer mehr und mehr. — Diese traurigen Verhältnisse haben aber dazu beigetragen, daß die Arbeiter zum Klassenbewußtsein gekommen sind. Sie haben einsehen gelernt, daß die Gewerkschaftsorganisationen heute dringend notwendig sind. Nur Schulten an Schulten können wir dem heutigen Unternehmertum etwas abringen. An der Diskussion beteiligte sich noch Rathmann, welcher ausführte, daß Krupp in Essen heute 14000 Arbeiter beschäftigt. Stände ihm seine Dampfkraft zur Verfügung, so könnten mindestens 14 Millionen Arbeiter beschäftigt werden. Wir müssen uns immer wieder in's Gewissen reden, die Versammlungen besser besuchen und neue Mitglieder heranziehen. Das Wort Agitation und Organisation muß immer wieder erschallen.

Nur wenn wir unter einem Bund zusammenstehen, können wir etwas erreichen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung berichteten Böttcher, Rathmann und Schrader über die Tätigkeit des hiesigen Gewerkschaftskartells. An Stelle Rathmann's, welcher sein Amt als Delegierter niederlegt, wird Groß gewählt. Ueber die Arbeitsverhältnisse hier am Ort nimmt zunächst Hösch das Wort. Derselbe kritisiert mit scharfen Worten das heutige sogenannte Baulöhntum. An der Debatte hierüber beteiligten sich noch des Längeren Bringmann, Rathmann und Böttcher, welche Letzterer noch anführte, daß das Mitglied Egdorf das Gerücht im Umlauf gesetzt hätte, auf dem Jemeischen Bau würden nur 50 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn bezahlt. Dies sei nicht der Wahrheit gemäß, sondern es seien noch stets 60 $\frac{1}{2}$ pro Stunde gezahlt worden. Letzteres wird noch von einigen anderen Kameraden, welche auch auf dem betreffenden Bau beschäftigt sind, bestätigt. Der Vorsitzende rügt es dann in energischer Weise, daß man derartige Gerüchte verbreite, welche jeder wahren Grundlage entbehren. Dies müsse für die Zukunft unterbleiben, weil es auf die ganze Bewegung nur schädigend wirken würde. Ein Antrag von Rathmann, alle 14 Tage umschichtig eine öffentliche und eine Mitgliederversammlung stattfinden zu lassen, findet keine Annahme. Kamerad Bessel aus Wandsbek berichtet sodann, daß die Sperre über den Koch'schen Platz und Bauten in Wandsbek noch nicht aufgehoben sei. Er erucht die Hamburger Kameraden, Alles aufzubieten, damit Keiner bei Koch in Arbeit tritt. Hierauf Schluß der Versammlung.

Halberstadt. Am Dienstag, den 24. Juli, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, da ein Referent am Orte war und sich erbaten hatte, einen Vortrag in unserer Versammlung zu halten. Derselbe wurde als öffentliche Zimmerer-Versammlung einberufen. Auf der Tagesordnung stand: 1. Zweck und Nutzen der Organisation. 2. Abrechnung von unserem diesjährigen Sommervergnügen. Herr Emil Heidenreich aus Zabrze (Ober-Schlesien) sprach zum 1. Punkt der Tagesordnung. Derselbe stellte in seinem lehrreichen Vortrage Vergleiche an über die Arbeitszeit früher und jetzt. Er zeigte, wie in früheren Zeiten die Innungsmeister die vielen Feiertage, die damals bestanden, einführten, und unsere jetzigen Innungsmeister die Gesellen, die sie beschäftigen, Sonntags und Wochentags lange arbeiten lassen, während die große Hälfte auf der Landstraße liegt. Dann führte der Referent die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse an, die in Schlesia und Ostpreußen hauptsächlich auf dem Lande bestehen. Aus eigenen Erlebnissen zeigte er, wie erbärmlich der Arbeiter um das tägliche Brot kämpfen muß, und wie die Kinder aus dem Arbeiterstande groß gezogen werden. Nachdem sprach Referent über das frühere Sklaventhum und stellte Vergleiche mit dem heutigen Arbeiter an. Er sprach dann noch über die heutige Wirtschaftsweise, über die besitzenden Klassen und schließlich über die Kampfart der Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereine, wie diese sich gegen unsere moderne Arbeiterbewegung benehmen und daß sie uns stets zum Schaden und Nachtheil arbeiten, statt mit uns in Reih und Glied zu kämpfen. Zuletzt zeigte der Referent statistisch, welche Annummen für Luzusartikel von der besitzenden Klasse in den letzten drei Jahren verbraucht worden sind. Der Arbeiterstand müßte aber hungern. Zu Luzusartikeln hat der Arbeiter aber erst recht kein Geld, er ist froh, daß er sein Leben krislet. Zum Schluß empfahl der Referent den anwesenden Kameraden, die noch nicht dem Verbands angehören, daß sie sich organisieren sollten und dem Verbands beitreten. Da sich Keiner zur Diskussion gemeldet, wurde zum 2. Punkt der Tagesordnung geschritten: „Abrechnung unseres Sommervergnügens vom 15. Juli 1894.“ Nachdem die Quittungen vom Vergnügungsausschüsse vorgelegt und durchgesehen waren, ergab sich ein Ueberschuß von M. 11,28. Es wurde beschlossen, hiervon M. 6 dem Agitationscomité zu überweisen, während die übrigen M. 5,28 in den Besitz der Lokalkasse übergehen. Nachdem noch ein Vorschlag eingebracht war, ein Herbstvergnügen zu veranstalten, wurde beschlossen, das Nähere in nächster Versammlung zu besprechen. Dann wurde die Versammlung wegen vorgerückter Zeit geschlossen.

Leipzig. In der am Dienstag, den 24. Juli, abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Zimmerer Leipzigs und Umgegend gab zum ersten Punkt der Tagesordnung Kamerad Rose die Kassenabrechnung der Einzelkämpfer des Verbandes bekannt. Durch Aussage der Revisoren wurde bestätigt, Alles in bester Ordnung vorgefunden zu haben. Sodann wurde zur Wahl des Vertrauensmannes übergegangen und wurde Kamerad Rose wiedergewählt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung erstattete Kamerad Rose Bericht von der am 16. und 17. Juli stattgefundenen Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer Deutschlands. Zum Schluß seines Berichtes ermahnt Redner, für unsere Kasse zu agitieren. Unter Punkt 3. Gewerkschaftliches, wurde zunächst von Kamerad Rose die Flauheit der Zimmerer einer Kritik unterzogen, er ermahnte alle Anwesenden, besser für den Verband zu agitieren. Im Weiteren forderte Kamerad Knätkich die Anwesenden auf, besser für den Unterstützungsfonds Sorge zu tragen. Zum Schluß giebt Kamerad Rose bekannt, daß Sonntag, den 5. August, das erste Gewerkschaftsfest im Brauereigarten zu Stötteritz stattfindet und erucht die Anwesenden, sich recht zahlreich an dem Fest zu beteiligen.

Walthen. Am 28. Juli hielt unser Lokalverband seine regelmäßige Monatsversammlung ab. Nachdem die Beiträge erhoben und die Abrechnungen des Verbandes sowie die der Zentral-Kassentafel verlesen waren, sollte die Vorstandswahl vorgenommen werden, da die

Verammlung aber nur schwach besucht war, wurde der bisherige Vorstand, Kamerad Niess als Vorsitzender, als Kassierer Kamerad W. Niemann, als Schriftführer Kamerad Brahmstädt einstimmig wiedergewählt. Hierauf Schluß der Versammlung.

Baugewerbliches.

Die Bau„kunst“ unseres Jahrhunderts zeichnet sich gegen die Baukunst der vergangenen Jahrhunderte dadurch aus, daß sehr viele „Kunst“produkte schon bei ihrer Herstellung zusammenstürzen. Nachdem wir an dieser Stelle schon eine hübsche Anzahl Hauseinstürze aus den verschiedensten Reichen der Welt meldeten, können wir heute über ein solches Vorkommnis in Hamburg berichten. Auf St. Georg ist in der Nacht vom 24. bis 25. Juli ein vierstöckiger Neubau, der seiner Vollendung entgegenging — Sonnabend vorher hatte bereits das Richtfest stattgefunden — zusammengefallen. Die Ausführung des Baues hatte der Zimmermeister Dreßler. In besagter Nacht gegen 12 Uhr wurden die Anwohner der nächsten Straßen plötzlich durch ein donnerähnliches Krachen aus dem Schlafe erweckt. Der vierstöckige Neubau war zusammengestürzt und nur ein wüstes Chaos von Steintrümmern, Balkenstücken, Gerüstteilen, Mauerstücken und Schutt bezeichnete die Stelle, wo der „kolze“ Bau gestanden. Bis auf den Fahrdamm der Nebenstraßen waren Bautrümmer geworfen worden. Glücklicherweise ist bei dem Einsturz kein Menschenleben vernichtet worden. Im Gegensatz zu Schiller kann man propheetisch sagen: Das Neue stürzt, und aus dem alten Schutt werden neue Ruinen erbaut.

In Hamburg stürzten in voriger Woche auf zwei Stellen Gerüste ein. Das eine, in der Grindelallee 43, war zum Zwecke der Reparatur in der Höhe der vierten Etage angebracht. Am Montag, den 23. Juli, kurz vor Mittag, wurden die Bewohner des Hauses durch einen donnerartigen Krach erschreckt. Das Gerüst war zusammengebrochen und Steine, Balken, Kalk zc., aber leider auch die beiden auf dem Dache beschäftigten Maurer, Beide Familienväter, zur Erde gestürzt. Dem Einen der Verunglückten waren die Beine mehrere Male gebrochen, auch Verletzungen an Brust und Kopf hatte der Vermisste erlitten, während sein Unglücksgefährte zwar nicht so grauenhaft verletzt war, aber doch so schwer, daß er ebenfalls, wie sein Kamerad, nach kurzem Todeskampfe seinen Verletzungen erlag. Das andere Gerüst am Neubau im Hammerbrook, der von den Innungsmeistern Bruhn und Greve aufgeführt wird, befand sich in der Höhe der dritten Etage; beim Zusammensturz wurden ein Maurer und ein Mauerarbeitsmann mit in die Tiefe gerissen. Der Maurer erlitt schwere innere Verletzungen, der Mauerarbeitsmann trug einen Schädelbruch davon. Ueber die Ursachen solcher Vorkommnisse wird kein Bauhandwerker im Unklaren sein, obgleich die „Baugewerks-Zeitung“ schreibt, daß „die Unfälle infolge muthwilligen oder fahrlässigen Verhaltens der Arbeiter in der Vermehrung begriffen sind, . . . daß die „sichere“ Entschädigung bei schlechten Zeiten manches Verlockende an sich hat,“ weiß doch Jeder, der die moderne Bauausführung kennt, daß fast alle Unternehmer, die Innungsmeister nicht etwa ausgeschlossen, „Nimmerfatts“ — um mit einem Innungsmeister-Ausdruck zu dienen — sind, die „Pfuscharbeit“ veranlassen, um Profit einzuhemsen und dann auf Menschenleben keine Rücksicht nehmen.

Sozialpolitisches.

Zur Beleuchtung des preussischen Dreiklassenwahlsystems bietet besonders interessantes Material die Stadt Essen. Dort sind nach den ausgelegten Listen zur Stadtverordnetenwahl in der ersten Abtheilung vier Personen aufgeführt; da man sich aber in Essen das Vergnügen macht, die beiden Ehrenbürger, Fürst Bismarck und Abg. Hammacher, obwohl dieselben keine Gemeindesteuer zahlen und, da sie nicht in Essen wohnen, dort auch nicht wählen können, bei den Wählern der ersten Abtheilung aufzuführen, so sind in Wirklichkeit nur zwei Wähler erster Abtheilung vorhanden, auf die zusammen M. 322 179 Gemeindesteuer entfallen. Die zweite Abtheilung zählt 374 und die dritte nicht weniger als 10 255 Wähler! Herr Krupp und sein Genosse von der ersten Abtheilung wählen also ein volles Drittel der Stadtverordnetenversammlung. — Ein anderes Beispiel: Insgesamt hat Bonn an Steuern aufzubringen M. 1 196 220. Davon kommen auf die erste Klasse M. 400 618, auf die zweite Klasse M. 397 301, auf die dritte Klasse M. 398 300. Also nur noch 78 Wähler wählen in der ersten Klasse. Bekanntlich wohnen in Bonn über 80 Millionäre. Selbst wenn also — was nicht der Fall ist — die sämtlichen Wähler der ersten Klasse Millionäre wären, dann würden immerhin noch einige Millionäre in der zweiten Klasse wählen. Die sonst so machtvolle und weltberühmte „Intelligenz“ der Mäusenstadt aber, die erlauchte Professoren- und Gelehrten-Welt, das hohe und höchste Beamtenhum, an seiner Spitze der Oberbürgermeister und Landrath — sie Alle beugen sich in Demuth vor der Omnipotenz des Kapitals und schreiten gesenkten Hauptes neben dem ehrsamem Kleinbürger und Handwerksmeister in der dritten Klasse einher.

Und die Arbeiter? Nun, die kommen garnicht in Rechnung, sie müssen die ganze Gesellschaft erhalten und haben nichts zu sagen.

Ein sehr trübes Bild von der geschäftlichen Lage im Herzogthum Altenburg entwirft der Bericht des dortigen Fabrik-Insppektors. Derselbe führt an, daß 11

der Fabrik-Inspktion unterstehende gewerbliche Anlagen den Konkurs anmelden mußten. In sämtlichen Industrie-Gruppen trat die Nothwendigkeit ein, Arbeiter zu entlassen, Löhne herabzusetzen oder die Arbeitszeit zu beschränken. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung war noch mißlicher 1893, als sie 1892 gewesen ist. Die Knopfarbeiter hatten besonders hart zu leiden; ein großer Theil ist während fast eines halben Jahres nicht über einen Wochenlohn von M. 10—12 hinausgekommen. Einen geringen Ausgleich des Minderverdienstes boten der reichliche Ertrag der Kartoffelernte, das Zurückgehen der Brotpreise und — allerdings für den Arbeiter mit M. 10 Wochenlohn kaum von Belang — die niedrigen Fleischpreise.

Eine Neuorganisation der preussischen Handelskammern hat der Handelsminister Freiherr von Berlepich bei einem Festeffen in Sorau angekündigt. Die Handelskammern sollen mehr Befugnisse erhalten; u. A. in allen wichtigen kommerziellen Angelegenheiten Berichte und Gutachten abgeben, auch über das ganze Land ausgebeht werden. Aber wann wird man einmal dazu kommen, der Arbeiterklasse eine staatliche Organisation zu geben, d. h. eine, die etwas taugt? Um dem Unternehmertum solche zu schaffen, zerbricht sich droben auf den „Höhen der Menschheit“ so ziemlich Alles den Kopf, an den Arbeiter aber denkt man nicht. Das ist wieder die alte Geschichte: Das Pferd, das den Pafer verdient, kriegt ihn nicht.

Der deutsche Arbeiterschut in der Praxis. Aus Altona wird geschrieben: In der letzten Zeit ist bei den Gewerbetreibenden eingehend revidirt worden, ob sie nicht, entgegen den Bestimmungen des § 137 der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich, ihre jugendlichen und weiblichen Arbeiter über die für diese festgesetzte Zeit beschäftigen. Die Beamten haben dabei kaum glaubliche Entbedungen gemacht. Ein Manufakturist, bei dem auch Uebertretungen der Vorschrift massenhaft entdeckt waren, hat einen großen Theil seiner Näherinnen entlassen, weil er vermuthete, daß die Mädchen die Revision veranlaßt hatten. Unter den Entlassenen befindet sich eine Näherin, welche 12 Jahre bei dem Geschäftsmann treu und fleißig gearbeitet hat.

Gegen die Arbeiterschutbestimmungen der Gewerbeordnung suchen die Unternehmer Stimmung zu machen. Vor einiger Zeit hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe an die wirtschaftlichen Korporationen eine Umfrage wegen etwaiger Abänderung der preussischen Ausführungsanweisung zum § 138a der Gewerbeordnung, in welchem die Ueberfretung der sonstigen elstündigen Maximalarbeitszeit für Arbeiterinnen unter gewissen Bedingungen zugelassen wird, gerichtet. „Infolge dieser Aufforderung hat man sich,“ so schreiben die „Verl. Pol. Nachr.“, „eingeheender mit der Prüfung dieser Anweisung und ihrer Wirkungen beschäftigt. Dabei hat sich einmal vollkommen bestätigt, worüber früher schon vielfach geklagt wurde, daß namentlich beim Eintritt besserer Geschäftsjunktur die Anweisung für die Behörden die Handhabe zu weitgehenden bedenklichen Eingriffen und Störungen der Fabrikthätigkeit bietet. Es hat sich aber auch ferner herausgestellt, daß der Wortlaut der Anweisung den im Allgemeinen schlecht beschäftigten Betrieben gleichsam eine Prämie für ihre geringen Leistungen insofern gewährt, als sich die behördlichen Entscheidungen über zu bewilligende Ueberarbeit u. A. darnach richten sollen, ob die unaufschiebbaren Bestimmungen nicht worden können. Auch wird als eine Folge der in Rede stehenden Anweisung schließlich befürchtet, daß, falls größere Aufträge bei regerem Geschäftsgange angeht, die Ausführungsanweisung zu § 138a der Gewerbeordnung von deutschen Firmen etwa nicht übernommen werden könnten, diese Aufträge an das Ausland übergehen könnten.“ So schreiben die „Verl. Pol. Nachr.“, die gemeinhin als ein offizielles Organ der Regierung gelten, inbessen „zwei Herren dienen“, indem sie nämlich zugleich auch dem Zentralverband deutscher Industrieller gelegentlich eine „Spalte unbedruckten Papiers“ zur Verfügung stellen. Man wird deshalb zu prüfen haben, ob in dieser Preßstimme der „Verl. Pol. Nachr.“ die offiziöse Stimme der Regierung, oder diejenige der Großindustriellen zu erblicken ist. Wir glauben nach dem ganzen Inhalt des Artikels Letzteres anzunehmen zu sollen.

Sklavennärkte in Bayern. Freilich sind es keine Schwarzen aus Afrika, sondern weiße Proletarier, die sich zu der jetzt beginnenden Getreideernte in der „Kornkammer Bayerns“, dem reichen Niederbayern, einstellen. Aus Böhmen und Italien, auch aus dem übrigen Bayern kommen sie. Unser Münchener Parteiorgan berichtet darüber aus Landshut: „Der gestrige Sklavennarkt war stark bestellt, der Zutrieb namentlich aus der Oberpfalz enorm; während diese ihren „Kurs“ einigermaßen behaupteten, sanken „Italiener“ um ein Bedeutendes; infolge allzu großen Zutriebes war es unmöglich, die vorhandene „Waare“ abzusetzen usw. Der liebe Vefer wird den Atlas zur Hand nehmen, um zu sehen, auf welcher Halbtagel Landshut liegt. Um ihn der Mühe langen Suchens zu entheben, wollen wir ver-rathen, daß Landshut zum „Schwarzen Erdtheil“ gehört und noch viel Arbeit nöthig ist, um diesen „Wilden“ Kultur beizubringen. Am Sonntag Vormittag waren etwa 800 Erntearbeiter beiderlei Geschlechts, darunter auch Ausländer, vor dem Rathhause auf dem Marktplatz versammelt, um sich für die heurige Ernte ver—,dingen“

zu lassen. Abgemagerte Gestalten, in deren Gesicht man nur zu deutlich Spuren ihrer großen Noth und Entbehrung bemerken konnte, harrten mit Ungeduld ihrer zukünftigen „Brothern“. Bald nach 10 Uhr kamen auch schon verschiedene Landwirthe und so entspann sich bald ein fröhliches Feilschen und Handeln, und wurden die gebotenen „Löhne“ nach einigem Hin- und Herreden wahrscheinlich nur angenommen, um nicht ganz verhungern zu müssen!! Also gesehen zu Landshut im Jahre des Herrn eintaufendachtundvierundneunzig. Niederbayern ist bekanntlich die Domäne des „arbeiterfreundlichen“ Zentrums, und könnten unsere Kolonialsklärwärmer ihre Willkionen im „Schwarzen“ Niederbayern recht gut verwenden.

Ueber die Lage der Arbeiter in Schleswig-Holstein macht der dortige Gewerberath in seinem Bericht für 1893 unter Anderem folgende Angaben: Was die Arbeiter im Allgemeinen angeht, so betrug die Gesamtzahl der über 16 Jahre alten männlichen Arbeiter in Fabriken und diesen gleichstehenden Anlagen im Berichtsjahre 47 662 gegen 46 430 im Vorjahre. Die Zunahme belief sich im Jahre 1892 auf etwa 6,5 pSt., im Jahre 1893 auf etwa 2,7 pSt.

Die regelmäßige Arbeitszeit dauert in den meisten Fabriken zehn Stunden, häufig auch elf, seltener zwölf Stunden. Weniger als zehn Stunden wird in 20 größeren Fabriken gearbeitet. Die Ziegeleien beschäftigen ihre Arbeiter (Eipper) dagegen öfters zwölf Stunden und mehr. Im Uebrigen wurde eine weiter ausgebehtete Arbeitszeit nur vereinzelt oder bei verstärktem Betriebe ermittelt. Besonders verwerflich ist eine übermäßige Anfertigung von Arbeitern, welche mit Verrichtungen betraut sind, von denen die Sicherheit des Betriebes abhängt. Dies trifft z. B. bei den Dampfseilseilzern zu. Fabriken, welche ihren Betrieb zeitweise durch Einlegung von Ueberstunden verstärken, pflegen ihren Seilzern die Leistung der Ueberstunden in demselben Umfange wie den übrigen Arbeitern zuzumuthen. In einer solchen Fabrik wurde ein Seilzer betroffen, welcher wochenlang regelmäßig täglich 16 Stunden Dienst leisten mußte. Die Arbeitgeber wurden in solchen Fällen auf die Verantwortung ausmerksam gemacht, welche sie durch eine solche Beschäftigungsweise übernehmen, und versprochen, Abhilfe durch Ablösung zu schaffen.

Die Anzahl der Gewerbebeurtheilte hat sich im Berichtsjahre von fünf auf zehn vermehrt, von welchen neun in Thätigkeit traten.

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter hat sich gegen das vorige Jahr durchschnittlich nicht verbessert. Lohnerhöhungen waren außerordentlich selten, während die vorgenommenen Lohnherabsetzungen in einer Industrie-Gruppe von größerem Umfange waren. Arbeitsmangel zeigte sich im Herbst in einigen größeren Städten, wenn auch nur in geringem Maße. Da die Lebensmittelpreise durchschnittlich niedrig waren, so konnten die Ansprüche der einheimischen arbeitenden Bevölkerung an eine gute Ernährung, welche in Schleswig-Holstein größer als anderwärts sind, im Allgemeinen Befriedigung finden. Sehr niedrig ist die Lebenshaltung der fremden Arbeiter in den Ziegeleien, Zement- und Zuckfabriken.

Die Tagelöhne der ungelerten Arbeiter betragen in den kleinen Städten und auf dem Lande M. 2,50 bis M. 2,80, in den größeren Städten M. 2,25 bis M. 3,— in Altona, Wandsbek und Kiel bis M. 3,50. Die gelerten Arbeiter und Handwerker arbeiten meistens in Stücklohn und verdienen, je nach ihrer Geschicklichkeit und dem entwickelten Fleiße, wesentlich mehr. Auffallend niedrig sind die Löhne in einigen mechanischen Webereien, wo weniger geschickte Arbeiter zum Theil nur M. 6,— pro Woche verdienen. Erklärlich werden diese niedrigen Löhne durch den Wettbewerb der zur Bedienung der Webstühle geschickteren Arbeiterinnen und durch die Schwächlichkeit der nur für solche Arbeiten brauchbaren Arbeiter. Weberinnen verdienen in diesen Fabriken bei denselben Stücklöhnen bis zu M. 15 wöchentlich. Die Wochenlöhne der Arbeiterinnen betragen M. 6 bis M. 10; im Stücklohn werden häufig bis zu M. 15, in einigen Fabriken bis zu M. 20, sehr selten mehr verdient.

Die Lage der Lohnarbeiterinnen ist besonders kümmerlich, wenn sie nicht bei Eltern oder Verwandten wohnen können. So beträgt z. B. der Wochenlohn in Wandsbek durchschnittlich M. 8,40, von welchem die unverheirateten Arbeiterinnen in dieser Stadt M. 6 für Kost und Schlafgeld bezahlen müssen.

In den meisten Industriezweigen blieben die Löhne im Berichtsjahre, abgesehen von kleineren Regulirungen, unverändert. Nur in der Zementindustrie erfolgte eine allgemeine Lohnerabsetzung von 10 bis 20 Prozent, in einer Töpferei um 33 1/3 Prozent. Diesen Lohnerabsetzungen steht eine Lohnerhöhung der Brauereiarbeiter in Kiel um 10 Prozent gegenüber.

Das Handwerksmeisterthum ist auch in der Schweiz nicht zu nützlichem sozialen Schaffen verwendbar. Das bewies die Delegirtenversammlung des schweizerischen Gewerbevereins, die letzthin in Herisau tagte und über die Frage der Lehrlingsausbildung verhandelte. Die „Frankf. Ztg.“ berichtet darüber: Seitdem Professor Karl Bücher in seiner Schrift: „Die gewerbliche Bildungsfrage“ schon im Jahre 1877 die Lehrwerkstätten als die geeignetste Lehrlingsbildungsanstalt empfohlen, hat diese Lösung der Frage der Lehrlingsbildung zusehends an Boden gewonnen und sich auch praktisch bewährt. Auch in der Schweiz sind ähnliche Lehrwerkstätten, in Bern und St. Gallen, errichtet worden, die heute noch bestehen, an Sympathien gewinnen, an Besucherzahl zunehmen und als die einzig richtige und

praktisch mögliche Lösung anerkannt werden. Aber hier- von weiß der Schweizerische Gewerbeverein nichts oder will aus Interesse und Vorurtheil nichts davon wissen. Er hat sich im Gegentheil für die Werkstatt ausgesprochen und eine Reihe von Thesen angenommen, die geeignet sein sollen, die Lehre beim Meister als die einzig zulässige Form der Berufsbildung anzuerkennen. Der Staat soll diese unter seinen Schutz und seine Aufsicht nehmen und für ein angemessenes Lehrgeld für jede Lehre, die bei einem Meister zu nehmen ist, Garantie leisten. Grund- sätzlich soll darnach gestrebt werden, daß der Lehrling vom Meister in Kost und Logis genommen wird und Meistern, die in grober Weise ihre aus dem Lehr- verhältnisse entspringenden Pflichten vernachlässigen, das Recht, Lehrlinge zu halten, entzogen werden darf. Diese Anschauungen sind künstlerisch, verspüren den Hauch der Neuzeit nicht und verkennen die Struktur des Gewerbes, das in viele Theilarbeiten zerfallen ist und selbst dem tüchtigsten und willensstärksten Meister die Möglichkeit benimmt, einem jungen Manne diejenige Ausbildung zu geben, die ihn zur erfolgreichen Ausübung des Berufes befähigt. Diese alte Form der Berufsausbildung hat sich in der Mehrzahl der Gewerbe längst ausgelebt und dem Institut der Lehrwerkstätten Platz gemacht, wo man den redlichen Willen hatte, es mit der Lehrlingsbildung ernst zu nehmen.

Diesen Ausführungen des Frankfurter Blattes wäre nur noch hinzuzufügen, daß zum Lehren auch etwas Lehrtalent gehört. Das haben aber erfahrungsmäßig nur wenige Unternehmer und Betriebsleiter. Das kommt auch auf ihren „Handwerkertagen“ oft genug zum Aus- druck; dort haben die gewerblichen Sachen meistens nur eine ganz untergeordnete Bedeutung, das zeigt recht drastisch die Tagesordnung der 8. Wanderversammlung des deutschen Tapeziererbundes, welche vom 29. Juli bis 1. August in Berlin abgehalten worden ist. Für Son- tag, den 29. Juli, ist folgendes Programm festgesetzt: Nachmittags 6 Uhr: Eröffnung der Ausstellung. 7 Uhr: Begrüßung der Delegirten und Gäste, nachher Kommerz- Konzert etc. in den Konordia Sälen. Am Montag wird von 9 Uhr früh bis 1 Uhr Mittags verhandelt. Nach- mittags werden Berliner Sehenswürdigkeiten besichtigt und Abends ist Zusammenkunft im Königgräzer Garten. Dienstag wird von 9 Uhr früh bis 1 Uhr Mittags ver- handelt. Nachmittags geht es mit Sing und Tanz und Kling und Klang nach Spandau und von dort per Dampfer nach Potsdam. Mittwoch wird wieder ver- handelt von 9 Uhr früh bis Mittags 1 Uhr. Abends offizielle Verabschiedung von Delegirten und auswärtigen Theilnehmern. Nachher Abendisch und Tanz. — Wenn nun auch auf diesen „Handwerkertagen“ über das Lehr- lingswesen berathen wird, dann ist es schon ganz erklärlich, wenn sich alle „ehrbaren Meister“ für Verbeibehaltung der heutigen Einrichtungen, oder noch für Verbesserung der- selben in ihrem Interesse aussprechen, denn ohne ganz sichtsüchtige Ausbeutung der Knochen der Lehrlinge könnten die „ehrbaren“ Innungsmeister solche Ver- gnügungstouren, genannt „Handwerkertage“, garnicht ver- anstalten. Den Innungs- resp. Handwerksmeistern kommt es eben weniger darauf an, den Lehrlingen etwas zu lehren, sondern sie leeren diesen, wie man eine Zitrone zu leeren pflegt.

Ein Unfallversicherungsgesetz wird am 1. Juli 1895 in Norwegen in Kraft treten. Darnach sollen die norwegischen Fabrikarbeiter gegen alle Betriebsunfälle gesichert werden, nur solche Unfälle sollen nicht entschädigt werden, welche von den Arbeitern absichtlich herbeigeführt worden sind. Die Versicherung erstreckt sich auf Arbeiter, welche in Fabriken oder in gefährlichen Be- trieben beschäftigt sind. Die Erd- und Waldarbeiter und die Seeleute werden von der Versicherung noch nicht umfaßt. Während die Verletzten nach dem deutschen Unfallgesetz erst Entschädigungen nach Ablauf der 13. Woche nach Eintritt des Unfalls beanspruchen können, sollen die norwegischen Verletzten schon nach Ablauf der vierten Woche nach dem Unfälle entschädigt werden. Die Lasten der Unfallversicherung sollen in Norwegen wie in Deutsch- land von den Arbeitgebern aufgebracht werden. Der Gesegentwurf führt begründend aus, daß die Entschädigung ein dem Verletzten zustehendes Recht gegenüber dem Betriebe sei, welcher den Arbeiter beschäftigt und auch verletzt hat. Auch sollen die Betriebe wie in Deutschland je nach der Gefährlichkeit in Gefahrenklassen mit ver- schiedenen Prämien eingetheilt werden. Die Entschädigung wird prozentual nach dem Arbeitsverdienst des Ver-letzten berechnet und während der Arbeitsunfähigkeit gewährt; ist die Arbeitsfähigkeit nur theilweise beschränkt, so wird die Entschädigung in entsprechender Weise auch geringer bemessen. Ist der Verletzte infolge eines Be- triebsunfalles verstorben, so erhalten — wie in Deutsch- land — die Hinterbliebenen eine Entschädigung zuge- sprochen.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Ueber die Blockade in Bremen wird uns unterm 28. Juli geschrieben: Die Sache steht für uns nicht schlecht, der Zuzug ist nicht so stark als der Herr Innungsmeister aus Altona angenommen hat; es wursteln 26 Individuen an der Brücke umher, arbeiten kann man ihr Thun nicht nennen. Man darf eben nicht vergessen, daß vorher 145 Zimmerleute an der Brücke arbeiteten und mindestens annähernd so groß muß die Zahl sein, wenn die Arbeit ihren Fortgang nehmen soll; die 26 Streikbrecher, unter denen übrigens sehr viele sind, die sonst nirgends angestellt werden, bilden somit nur Remonitirarbeiter. Es wird sich nun darum handeln,

ob die Bauverwaltung hier auf pünktliche Fertigstellung der Brücke besteht; der Abnahmeterrin ist bekanntlich am 1. September. Unseres Erachtens müßte dies die Bauverwaltung unbedingt, weil der Innungsmeister aus Altona die Sperre sehr wohl vermeiden konnte, ja, vermeiden mußte, denn eine tägliche Arbeitszeit von 15 Stunden anzuordnen ist unerschämmt. Der Geist unter den Streikenden ist gut, am 25. Juli tagte eine Versammlung, die beschloß, im Kampfe auszuharren. Es scheint übrigens so, daß der Kampf nicht mehr lange dauern wird, denn die Handlungsweise des Innungs- meisters aus Altona wird hier von jedem anständigen Menschen, sogar von den Bremer Innungsmeistern, scharf verurtheilt. Von Auswärts muß der Zuzug freilich nach wie vor zurückgehalten werden; wo es irgend paßt, da sage man den vollkommenen Subjekten, die sich nicht zurückhalten lassen wollen, daß das Ver- gnügen für sie nicht lange dauern kann; sobald die Differenzen geschlichtet sind, werden sie doch wieder entlassen, weil die Meisten von ihnen zu der Arbeit nicht zu gebrauchen sind.

Ueber die Gewerkschaftsorganisationen schreibt die „Holzarbeiter-Zeitung“ in ihrer letzten Nummer: „In mehreren Berufen hat die gewerkschaftliche Organisation einen thatsächlichen Rückgang erfahren; das heißt, die Zahl der organisirten Genossen war schon früher eine erheblich höhere als heute, und trotz aller Anstrengungen und intensiver Agitation ist es nicht gelungen, die Organisation wieder auf die frühere Höhe zu bringen oder gar über dieselbe hinauszuhoben. So will es in den Berufen des Baugewerbes, Maurer, Zimmerer und Maurerarbeiters, garnicht recht vorwärts gehen. Die beiden letzten Organisationen hatten schon die doppelte Zahl der Mitglieder, die sie heute haben.“

Was hier von unserer Organisation geschrieben wird, trifft nicht ganz zu, denn unsere Jahresabrechnung zeigt, daß wir im Jahre 1893 durchschnittlich 8121 Mitglieder hatten; 16 000 Mitglieder hat unser Verband aber noch niemals gehabt, die höchste Mitgliederzahl ist 1890 er- reicht worden und betrug 12 723. Der Rückgang ist freilich trotzdem noch unliebsam genug, derselbe ist in- dessen sehr leicht zu erklären, was unsererseits schon oft genug geschehen ist, so daß wir an dieser Stelle darauf verzichten können. Wir verweisen auf die Nr. 32 und 37 vom vorigen und die Nr. 12 vom gegenwärtigen Jahrgange d. Bzg. Doch abgesehen hiervon, die fol- genden Sätze der „Holzarbeiter-Zeitung“ sind um so interessanter:

„In anderen Berufen, so auch in denen der Holz- branche angehörenden, ist zwar kein in Betracht kommen- der Rückgang zu verzeichnen, aber von einem Fortschritt kann auch keine Rede sein. So befinden wir uns in einem Ruhepunkt, von dem, Vethargie ausströmend, eine allgemeine Lähmung die unausbleibliche Folge ist. Stillstand ist Rückschritt. Die Propaganda ist nur da eine kraftvolle, wo sie werdend auftritt, wo sie Zugkraft besitzt; wo sie nicht nur allein die trägen Massen aufzu- rütteln vermag, sondern ihnen auch das ausdauernde Interesse einimpft, das nur von der Ueberzeugung des inneren Werthes einer Sache ausgehen vermag.“

„In letzterer Beziehung stand die gewerkschaftliche Bewegung in den letztvergangenen Jahren nicht auf der Höhe der Zeit. Sie konnte nicht auf der Höhe der Zeit stehen, weil die Propaganda für und wider die Gewerk- schaften (hier möchten wir noch hinzufügen: und der g a n z u n z u l o s e S t r e i t i b e r d i e „ b e s t e “ O r g a n i s a t i o n s f o r m. D. Red. d. „Zimmerer.“) sich an vielen Orten in der unliebsamsten und störendsten Weise kreuzten. Belebend und Vertrauen erwecken konnte das auf die zu Gewinnenden nicht wirken. Der geschäftliche Nieder- gang kam dabei den prinzipiellen Gegnern der Gewerk- schaften als wie auch den Abgehörten als billige Ausrede sehr zu Statten. Darüber läßt sich nicht streiten. Bestreiten müssen wir aber auf das Entschiedenste, daß, durch den wirtschaftlichen Rückgang und die damit verbundene Arbeitslosigkeit bedingt, man dadurch den Gewerkschaften einen größeren Zufluß an Mitgliedern sichern könne, daß man anfängt, die Beiträge herabzusetzen. Es liegt doch auf der Hand, daß in gleichem Maße, als die Opfer für die Organisation herabgesetzt werden, in gleichem Maße die Leistungsfähigkeit der Organisation sinken muß. Da- mit muß der letzte Rest des Vertrauens in die Kraft der Organisation schwinden und die allgemeine Fahnen- flucht eintreten.“

„Diejenigen, die, obgleich aus bester Absicht geleitet, fortwährend mit dem Stellen von Anträgen auf Herab- setzen der Beiträge kommen, besorgen in anderer Form die Geschäfte Derer, so die Fruchtbarkeit der gewerk- schaftlichen Thätigkeit leugnen.“

Die letzten Sätze unterschreiben wir voll und ganz, und es freut uns umso mehr, daß die „Holzarbeiter-Zeitung“ diesen Standpunkt so unumwunden ausspricht, weil einige von denen, die bei uns immer über die „hohen“ Beiträge geschimpft haben, nachdem sie mit ihrer Ansicht nicht durchdrangen, austraten und, wie uns mitgetheilt wurde, sich dem Holzarbeiterverbande angeschlossen, „damit sie“, wie sie sagten, „trotzdem noch einer Organisation angehören“. Diese Handlungsweise war freilich von vornherein lächerlich, weil die Beiträge im Holzarbeiter-Verbande nicht niedrig sind als bei uns, wie gleich folgendes Beispiel zeigt: Die Einnahme des Zimmerer-Verbandes 1893 betrug M. 56 335,11; zahlten die 8121 Mit- glieder aber 15 Pf. pro Woche, wie im Holzarbeiter-Verbande, dann hatte der Verband M. 63 343,80 oder M. 7008,69 mehr eingenommen. Diese Leute werden aber kaum lachen können, wenn sie lesen, daß ihnen die

„Holzarbeiter Zeitung“ am Schluß des Artikels mit unserer vollen Anerkennung zurufe:

„Eine Gewerkschaft, die gezwungen ist, mit „Wenn“ und „Aber“ sich herumzuplacen, ist zur Ohnmacht ver- dammt. Der Kampf erfordert Opfer. Die Opfer müssen von Allen und in erhöhtem Maße als seither gebracht werden, sonst gehen wir an den „Wenn“ und „Aber“ zu Grunde.“

In Dresden ist der Zustand der an der vierten Elbbrücke beschäftigt gewesenen Bildhauer zu Gunsten der Arbeiter beendet. Der betreffende Unternehmer bekam keinen Erfolg, und da infolgedessen die Arbeit nicht von Statten ging, so wurde vom Brückenbauamt ein anderer Unternehmer mit der Arbeit betraut. Dieser bewilligte die Gehülfenforderung, die sich auf Zahlung eines Afford- lohnes von M. 350—380 richtete, während der erste Unternehmer höchstens M. 210 hatte zahlen wollen. Der Streik hat sechs Wochen gedauert. Mit ihm haben die Dresdener Bildhauer nunmehr drei Zustände siegreich beendet, und die Erklärung dessen liegt darin, daß die Bildhauer eine leistungsfähige Organisation haben.

Aus Leipzig wird berichtet, daß die Riebeck'sche Brauerei die Forderungen der Böttchergehilfen in folgen- dem Maße bewilligt hat: Die Böttcher hatten die Ein- führung der 9 1/2 stündigen (an Stelle der bisherigen 11 stündigen) Arbeitszeit, einen Lohnzuschlag von M. 2 wöchentlich und Bezahlung der Ueberstunden und der Sonntagsarbeit mit 50 % für die Stunde gefordert. Die Brauerei hat diese Forderungen mit der einzigen Abänderung bewilligt, daß an Stelle der 9 1/2 stündigen die 10 stündige Arbeitszeit eingeführt wird. Ferner haben die vereinigten Brauereibesitzer von Leipzig beschlossen, allen in den Brauereien beschäftigten Arbeitern vom 1. August ab die 10 stündige Arbeitszeit zu gewähren.

Der Berliner Bier-Boykott und die Gewerk- schaften. Kampfesmuth und zuversichtliche Sieges- gewißheit herrschten in den 36 Versammlungen, die am Freitag Abend in Berlin seitens der Gewerkschaften ab- gehalten wurden. Der Andrang zu den Lokalen war ein ungeheurer. Mehrere Lokale waren lange vor Beginn der Versammlungen bereits überfüllt, so daß Tausende den Einlass antreten mußten, ohne Einlaß gefunden zu haben.

Der „Vorwärts“ berichtet des Weiteren: Sendlinge der heiligen Hermandad waren in be- trächtlicher Anzahl in der Nähe der Lokale zu bemerken, verhielten sich aber ruhig, da Gummischlauchleute ihnen keinen Anlaß zum Einschreiten gaben. In den Versamm- lungen selbst herrschte trotz der enormen Hitze und der großen Hülle die allein bei Arbeiterversammlungen ge- wöhnliche musterhafte Ordnung. Der Trabanten- und Bediententrost der Könige von der Walzdarre hätte über- reichliche Gelegenheit gehabt, sich davon zu überzeugen, wie erbärmlich verkleumert die eifren, begabten Plunk- reien der bürgerlichen Presse sind, der Eifer der Arbeiter im Bierkampf sei gesunken. Nicht gesunken, gewachsen, in enormer Weise gewachsen ist der Kampfesmuth, die Kampfesfreude, die Kampfeszuversicht, der opferbereite Eifer und die Begeisterung der Berliner Arbeiterschaft. Die Arbeitervertreter der verschiedenen Arbeitszweige, die Berliner Gewerkschaften haben wieder einmal bewiesen, daß das Solidaritätsgefühl, das Klassenbewußtsein der Arbeiter Berlins ein unausrottbares ist. Die oft minutenlangen stürmischen, beifälligen Zurufe z. B. bei den Darlegungen der Referenten, wie der Brauering das Vereinigungsrecht und das Versammlungsrecht der Arbeiter noch mehr zu beschränken sucht, mußten auch den energischsten Arbeiterfeind davon überzeugen, daß das Verständnis für den Boykottkampf fest in den Herzen der Berliner Arbeiter wurzelt; die Begeisterung, die in allen Versammlungen auf den Gesichtern der Anwesenden deutlich ausgeprägt war, die Berechtigung der Arbeiter- forderungen, die eingeschlagene Taktik bürgen für den Sieg.

Die in allen Versammlungen angenommenen Re- solutionen haben folgenden Wortlaut:

„Die Versammlung erklärt ihre vollste Sympathie den aus brutalem Kapitalistenübermuth außer Arbeit ge- brachten Brauerei-Arbeitern und Böttchern, verpflichtet, diese Opfer des Kampfes der Unternehmer gegen die Selbstständigkeit der Arbeiter auch fernherhin materiell und moralisch zu unterstützen.“

Zu der durch den Brauereiring veranlaßten Weige- rung der Saalbesitzer, ihren Saal für politische und ge- werkschaftliche Versammlungen herzugeben, erblickt die Versammlung eine brutale Beleidigung der Arbeiterklasse und den Versuch, die Arbeiterschaft Berlins zu hindern, durch gewerkschaftliche und politische Organisationen für ihr gutes Recht zu kämpfen.

Mit Entrüstung nehmen die Versammelten Kenntniß davon, daß einige Fabrikanten sich zu Helfershelfern der Brauereiprozesse erwidrigten und versucht haben, die in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter zu veranlassen, Ringbier zu trinken.

Die Unterstützung, welche Unternehmertreue und die bürgerliche Presse dem Brauereiring zu Theil werden lassen, beweist von Neuem, daß das gesammte Unter- nehmerthum den Arbeitern gemeinsam gegenübertritt, sobald es sich um Befämpfung von Lebensinteressen der Arbeiter handelt. Diese Erkenntniß legt jedem denkenden Arbeiter die Verpflichtung auf, um so eifriger für den Sieg der Arbeiter in dem Kampf, den der Brauereiring ihnen aufgegeben hat, zu wirken.

Die Versammelten halten es für Pflicht jedes Ar- beiters, folgenden Forderungen streng nachzukommen:

Keinen Tropfen Ringbier in den Werkstätten oder der Familie, keinen Verkehr, keinerlei Festlichkeit in Lokalen, in denen Ringbier geschänkt wird, keine Ausflüge nach Lokalen, die Ringbier schänken; Unterstützung aller der Wirtschaften, die boykottfrei Bier verzapfen und ihr Lokal zu Arbeiterversammlungen freistellen; keinen Tropfen Ringbier — das sei unsere Parole!

Die Musiker hatten bereits Vormittags, die Gastwirthsgehülfen Nachmittags um 4 Uhr, die Bäcker am Donnerstag Nachmittag lebhaft besuchte Versammlungen mit gleicher Tagesordnung abgehalten.

Zum Kapitel „Industrieverbände“. Die Generalversammlung des Verbandes der am Schiffbau und an der Schifffahrt beschäftigten Personen Deutschlands hat in Lübeck stattgefunden; die dort gepflogenen Verhandlungen sind recht interessant. Dieser Verband ist durch die Verschmelzung des Verbandes der Werftarbeiter mit dem der Hafnarbeiter entstanden. Durch diese Verschmelzung gingen diesen Organisationen nicht weniger als 69 Prozent der Mitglieder verloren; vorher hatten beide Organisationen zusammen 6343 Mitglieder, nach der Verschmelzung zählte man nur noch 1994 Mitglieder. Und dabei hatten immer noch „Berufssektionen“ aufrecht erhalten werden müssen, sonst wäre die Mitgliederzahl noch mehr zusammengefallen. Auf dieser Generalversammlung trat nun der Unfuss so recht zu Tage, der durch die Verschmelzung begangen worden ist; an sehr vielen Orten erklärten sich die Mitglieder jetzt für „Lokalorganisation“; man sieht also, nach welcher Richtung hin sich die Organisationsform durch solchen Gewaltakt entwickelt. Endlich wurde auch ein Antrag angenommen, nach dem sich die Werftarbeiter wieder von den Hafnarbeitern trennen, der Verband führt ferner nur noch den Namen „Verband der Hafnarbeiter“; den Werftarbeitern wird das mitgebrachte Inventar wieder herausgegeben. Somit ist der Industrieverbandsrummel für diese Leute zu Ende. Ob solche Vorkommnisse den Freunden der Industrieverbände bald die Augen öffnen werden?

Der Bauarbeiterstreik in Reichenberg in Böhmen, der am 9. Juli ausbrach, endete schon am 14. Juli mit dem Siege der Arbeiter; am 16. Juli wurde die Arbeit allgemein wieder aufgenommen.

Den Vertretern der Bauarbeiter wurde von der Genossenschaft sämtlicher Baugewerke in Reichenberg folgendes Schriftstück übermittelt:

„1. Als Vertreter der Gehülfsenschaft wird Ihnen hiermit bekannt gemacht, daß sich sämtliche der Genossenschaft der Baugewerke in Reichenberg angehörigen Bau-, Maurer- und Zimmermeister dahin geeinigt haben, die männlichen Handlanger nicht unter 9, die weiblichen nicht unter 8 fr. per Stunde zu entlohnen. Dieselben haben ferner namentlich beschlossen:

Vom 1. Jänner 1895 an nach vorausgegangener Vereinbarung die Löhne in entsprechender Weise zu erhöhen, es jedem Meister selbst zu überlassen, inwiefern er jetzt schon in einzelnen Fällen eine Lohnaufbesserung einzutreten hat; alle jene Gehülfsen und Handlanger, welche Montag, den 16. d. M., 9 Uhr früh, die Arbeit nicht aufgenommen haben, als entlassen zu betrachten, welche sich ihre Arbeitsbücher dann abholen mögen.

2. Als Vertreter der Gehülfsen wird Ihnen verlautbart, daß die der Genossenschaft angehörigen Bau-, Maurer- und Zimmermeister beschlossen haben, Ihrem durch ein fünfjähriges Comité der Genossenschaft überbrachten Wunsche, einen Minimallohn für Maurer- und Zimmerleute zu fixiren und eine Maßregelung von Gehülfsen nicht eintreten zu lassen, vollkommen zu entsprechen.

Der Minimallohn für Maurer und Zimmerleute wurde mit 13 1/2 fr. per Stunde festgestellt; nur für jene Gehülfsen, welche erst das erste Jahr „frei“ sind, gilt ein Minimallohn von 13 fr. per Stunde.

Reichenberg, 14. Juli 1894. G. b. B.“
Die „Oesterreichische Bauarbeiterzeitung“ bemerkt dazu: Auf den ersten Blick ersieht man, daß dieses Schriftstück in keinem ruhigen Zeitpunkt verfaßt wurde, denn es trägt zu deutlich die Spuren der Verwirrung. Die Bauarbeiter aber werden den Inhalt des Schriftstückes zu verwerthen wissen.

Die Stundenlöhne waren früher bei Maurern 10 bis 13 fr. Es ist also doch eine annehmbare Lohnerhöhung erreicht worden und das was auf die ursprünglichen Forderungen noch fehlt, wird baldigst nachgeholt werden. Der errungene Sieg wird vielen Bauarbeitern das Bewußtsein beibringen, daß Einigkeit wirklich stark macht, und das ist die Hauptsache.

Gewerbegerichtliches.

Ueber die Thätigkeit des Gewerbegerichts in Berlin enthält der Verwaltungsbericht des Berliner Magistrats folgende Angaben:

Im ersten Geschäftsjahr sind 12 947 Streitigkeiten bei dem Gewerbegericht anhängig geworden, wovon 356 von Arbeitgebern angestrengt wurden, in allen anderen Fällen klagten Arbeiter, darunter 653 weibliche. Das niedrigste Klageobjekt war die Forderung einer Nähterin mit 50 M., das höchste M. 1722, Forderung eines Buffetiers. Reichlich zwei Drittel (40 pSt.) aller Streitigkeiten betrafen Entschädigungsansprüche wegen Entlassung aus der Arbeit vor Ablauf der vertragmäßigen Zeit oder ohne Kündigung. Von den Prozeßen wurden 2629 durch richterliches Urtheil erledigt, die große Mehrzahl (9106) fanden durch Vergleich, Jurisdiction oder Versöhnungsurtheil

ihre Erledigung. Wegen Ungebühr vor Gericht wurde in elf Fällen auf sofort zu vollstreckende Haftstrafen von zwei Stunden bis zu einem Tage erkannt und in 40 Fällen wurden Geldstrafen wegen unentschuldigtem Ausbleibens gegen Parteien und Zeugen verhängt. In fünf Fällen mußte die Oeffentlichkeit von der Verhandlung ausgeschlossen werden wegen Gefährdung der Sittlichkeit. An Gerichtskosten wurden M. 8809 zur Coll-Einnahme gestellt, darunter M. 1248 Strafen; hiervon sind M. 2521 niedergebührenden worden, weil die Kosten uneinziehbar waren.

In Dresden-Neustadt, wo kürzlich die Wahl der Gewerbegerichtsbeisitzer stattfand, errangen in der Klasse der Arbeitervertreter unsere Parteigenossen ungefähr das Fünftel der Stimmen, die die Gegner erhielten. Auf die einzelnen Bezirke vertheilten sich die Stimmen wie folgt: Nadebul 162 St., 22 Gegner, Pieschen 108 St., 36 Gegner, Uebigau 96 St., 22 Gegner, Laubegast, Blafewitz, Köpchenbroda, Loschwitz und weitere Ortsteile 106 sozialdemokratische Stimmen und 22 Gegner. Dieser Sieg zeigt wieder, daß alle Versuche der alten Gesellschaft, die Arbeiterbewegung zu vernichten, verlorene Liebeshüh sind.

Arbeiterversicherung.

Alters- und Invalidenrente. Nach den im Reichsversicherungsamt gefertigten Zusammenstellungen, welche auf den Angaben der Vorstände der Versicherungsanstalten und der zugelassenen Kasseneinrichtungen beruhen, betrug am 1. Juli 1894 die Zahl der seit dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes erhobenen Ansprüche auf Bewilligung von Altersrente bei den 31 Versicherungsanstalten und den 9 vorhandenen Kasseneinrichtungen 279 877. Von diesen wurden: 222 680 Rentenanträge anerkannt und 47 796 zurückgewiesen, 3248 blieben unerledigt, während die übrigen 6153 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben.

Von den erhobenen Ansprüchen entfallen auf Schlesien 32 427, Ostpreußen 24 980, Brandenburg 21 433, Rheinprovinz 18 141, Sachsen-Anhalt 16 232, Hannover 16 160, Polen 14 516, Schleswig-Holstein 10 718, Westfalen 10 661, Westpreußen 10 568, Pommern 9 402, Hessen-Nassau 6 195, Berlin 3203. Auf die 8 Versicherungsanstalten des Königreichs Bayern kommen 28 161 Rentenanträge, auf das Königreich Sachsen 11 965, auf Württemberg 6 255, Baden 5 880, Großherzogtum Hessen 4 435, beide Mecklenburg 5 907, die Thüringischen Staaten 5 897, Oldenburg 1 017, Braunschweig 1 996, Hansestädte 2 078, Elsaß-Lothringen 7 983 und auf die 9 zugelassenen Kasseneinrichtungen insgesammt 4167. Die Zahl der während desselben Zeitraumes erhobenen Ansprüche auf Invalidenrente betrug bei den 31 Versicherungsanstalten und den neun Kasseneinrichtungen insgesammt 114 462. Von diesen wurden 77 406 Rentenanträge anerkannt und 24 613 zurückgewiesen. 7236 blieben unerledigt, während die übrigen 5207 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben. Von den geltend gemachten Ansprüchen entfallen auf Schlesien 15 961, Rheinprovinz 9 203, Ostpreußen 8 204, Brandenburg 6 324, Hannover 5 838, Sachsen-Anhalt 5 225, Westfalen 4 364, Polen 4 231, Westpreußen 4 128, Pommern 4 113, Hessen-Nassau 2 587, Schleswig-Holstein 1 814 und Berlin 1 758. Auf die acht Versicherungsanstalten des Königreichs Bayern kommen 13 239 Ansprüche, auf das Königreich Sachsen 4 423, auf Württemberg 3 018, Baden 3 116, Großherzogtum Hessen 1 470, beide Mecklenburg 1 242, die Thüringischen Staaten 2 079, Oldenburg 322, Braunschweig 779, Hansestädte 694, Elsaß-Lothringen 2 122 und auf die neun Kasseneinrichtungen insgesammt 8 888. Unter den Personen, die in den Genuß der Invalidenrente traten, befinden sich 1804, die bereits vorher eine Altersrente bezogen.

Bermischtes.

Wann zahlt die Reichspost Schadenersatz?

Es ist dies eine Frage, welche das öffentliche Leben auf das Innigste berührt, über welche jedoch noch sehr große Unklarheit herrscht, wie aus den vielen Schadenersatzansprüchen, welche an die Postbehörde gestellt, von dieser aber zurückgewiesen werden, zu ersehen ist. Von allgemeinem Interesse ist daher eine Zusammenstellung der „Kolonialwaaren-Zeitung“, welche über die obige Frage Aufschluß giebt. Darnach leistet die Reichspost Schadenersatz in folgenden Fällen: 1. Für verloren gegangene Einschreibsendungen und Postauftragsbriefe werden vergütet je M. 42. 2. Für verlorene oder beschädigte Geldbriefe und Wertpapiere der angegebene (versicherte) Betrag. 3. Für gewöhnliche Pakete im Falle eines Verlustes oder einer Beschädigung der wirkliche Schaden, jedoch höchstens M. 3 pro halbes Kilogramm; für den Verlust oder die Beschädigung von „Postpaketen ohne Wertangabe“ wird im Wertpostverkehr ein dem Betrage des Verlustes oder der Beschädigung entsprechender Ersatz, höchstens jedoch M. 12 für ein Paket bis 3 Kilogramm und bezw. M. 20 für ein 5 Kilo-Paket geleistet. 4. Für die auf Postanweisungen eingezahlten Geldbeträge wird voller Ersatz gewährt. 5. Für einen durch verzögerte Beförderung oder Bestellung von Sendungen unter 2 oder 3 entfallenden Schaden leistet die Post Garantie, wenn die Sache infolge der Verzögerung verborben oder ihren Werth ganz oder theilweise verloren hat. In allen Fällen wird außerdem das etwa bezahlte Porto erstattet. Die Ersatzansprüche sind innerhalb 6 Monate, vom Tage der Einlieferung der Sendung an, bei derjenigen Post-

anstalt anzubringen, bei der die Sendung aufgegeben wurde. Für gewöhnliche Briefpostsendungen wird weder im Falle eines Verlustes oder einer Beschädigung, noch im Falle einer verzögerten Beförderung oder Bestellung Ersatz geleistet.

Emancipirte Frauen. Der erste weibliche Tischlergeselle in Berlin ist jetzt in der Kunstschlerei von Siebert und Achenbach, Wilhelmstraße 121, in Thätigkeit getreten. Es ist dies eine junge Dame aus Kopenhagen, welche, mit Staatsstipendien ausgerüstet, bei einem Aufenthalt von drei Monaten ihre praktischen Kenntnisse erweitern will, um dann nach Wien, Paris und London zum selben Zweck zu besuchen.

Eingefandt.

Zu der Notiz: Junfrummel in Bromberg in Nr. 27 des „Zimmerer“ wird uns von dort geschrieben:

Am 26. Juni fand das Johannisquartal des hiesigen Zimmerervereins statt. An diesem Tage hält sich ein jeder Zimmergeselle recht vergnügt. Der Vereinszug mit vorangehender Musikkapelle führt die Junggefallen nach bestandener Prüfung dem Baugewerkverein vor und es erfolgt dann die Freipredig. Abends findet dann der übliche Ball statt.

Wie schon im „Zimmerer“ Nr. 27 erwähnt wurde, begehrt der Zimmermeister A. Berndt am 11. August d. J. sein 50jähriges Meisterjubiläum. Zu diesem nahm auch der Zimmererverein Stellung. Es wurde eine Veranstaltung anberaunt, die auch zahlreich besucht war. Hier wurde die Frage gestellt: „Hat sich der Zimmermeister A. Berndt gegen die Bromberger Zimmergesellen in Lohn- und sonstigen Angelegenheiten unsere Zufriedenheit und Anerkennung erworben, so daß wir uns veranlaßt sehen, ihm ein Ehrengeschenk zu seinem Jubiläumsfeste zu überreichen?“ Von sämtlichen Zimmergesellen wurde dem Jubilar das Ehrengeschenk bewilligt. Die Gründe hierzu sind: Als im Jahre 1890 ein Streik beschlossen wurde, war Zimmermeister A. Berndt der Einzige, welcher die gestellten Forderungen von 35 M pro Stunde und zehnjährige Arbeitszeit nach vor Eröffnung des Streiks bewilligte und dem Streikcomité sein Bedauern ausdrückte, daß es nicht sämtliche Meister einsehen, daß unsere Forderungen gerechtfertigt sind. Auch ist uns bekannt, daß Zimmermeister A. Berndt noch bis zum heutigen Tage 35—37 M pro Stunde zahlt. Ebenso ist das Einvernehmen zwischen dem Jubilar und den Kameraden stets gut gewesen. Wenn also die Stellung des Meisters zu den Zimmergesellen eine derartige ist, dann braucht sich die Redaktion des „Zimmerer“ nicht zu wundern, wenn dem Jubilar ein Geschenk überreicht wurde. Ehre, wem Ehre gebührt. Oder glaubt der Hauptvorstand etwa, daß die Bromberger Zimmergesellen noch so stumpfsinnig wären und ihrem eigenen Richter das Schwert in die Hand reichen? Wenn wir heute einem Meister solch eine Ehre bezeugen, so sind wir uns von seinem Verhalten gegen uns wohl bewußt.

Im „Zimmerer“ Nr. 27 wird angenommen, daß die Verbandskameraden sich jedenfalls an dem Aufzug nicht theilhaftig haben. Wir bemerken dazu, daß sämtliche Verbandsmitglieder auch Mitglieder des Zimmerervereins sind, und es dem Lokalverband nur dann möglich ist, eine stärkere Organisation an sich heranzuziehen, wenn der Verband mit dem Verein zusammensteht. Also Junfrummel, wie ihn sich die Redaktion des „Zimmerer“ denkt, befindet sich heute in Bromberg nicht, sondern nur ein Verein, wie diese noch in den meisten Städten zu finden sind.

Im Auftrage sämtlicher Kameraden:
B. Petrikowsky.

Anmerkung der Redaktion: Auf eine Polemik lassen wir uns weiter nicht ein; wir meinen, daß es für jeden Laien leicht sein wird, sich ein Urtheil zu bilden, wenn er den Versammlungsbericht aus Bromberg in Nr. 18 unsere Notiz in Nr. 27 und die obige Zuschrift durchgelesen hat. Zu dem Schlusse des obigen Schreibens müssen wir jedoch bemerken, daß sich der Verfasser desselben im Irrthum befindet, indem er meint, daß in den meisten Städten neben dem Verbands noch solche Vereine bestehen. Dies trifft heute nicht mehr zu, derartige Vereine sind thatsächlich und glücklicher Weise in den meisten Städten unmöglich. Wo dieselben bestanden, sind sie so ziemlich ganz überwunden. Wo derartige Vereine aber noch bestehen, da bilden dieselben — vom Bromberger wollen wir absehen — einen Hemmschuh, wie das jetzt erst wieder in Danzig bewiesen worden ist, wo der Altgeselle thatsächlich den glänzenden Streik vernichtet hat.

Literarisches.

Leipziger Hochverrathssproß. Preis pro Heft 20 M. Bestellungen nehmen noch jetzt jede Buchhandlung, Kolporteur und Zeitungsbedeute oder die Verlagsbuchhandlung entgegen. — Sehen ersehen Heft 6. Aus dem reichen Inhalte dieses Heftes heben wir hervor die Begrüßungsrede des Staatsanwalts Bruhin am internationalen Kongreß zu Basel, den Bericht über Deutschland, in dem die Zwistigkeiten mit Schweiz, der Barmer Generalversammlung, der Ausritt Brackes, Yorks und Anderer aus dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, der Eisenacher Kongreß und die Gründung der Eisenacher Partei behandelt werden, dann die lange Auseinandersetzung Liebknecht's über die Gewalttheorie und Bebel's Plauener Programmrede.

Die Jesuitenfrage von F. V ü t g e n a u. Verlag von G. S t o m k e in Bielefeld. Preis 40 M.

Wer sich über den Spektakel, der gegenwärtig, in der besseren Gesellschaft natürlich, um die Zulassung der Jesuiten gemacht wird, ein Urtheil bilden will, der wird dazu am allerleichtesten kommen, indem er dieses Schriftchen liest.

Das Rechtssystem der Sozialdemokratie. Ein erster Entwurf von A. N. Herlin. Verlag von Wörlein & Co. in Nürnberg.

Im selben Verlage erschien: „Die heilige Behme des Militarismus“. Von Fritz Kunert. 4. Auflage. Das Schriftchen, welches in allen Kreisen berechtigterweise so großes Aufsehen erregte, ist in seiner neuen Auflage wesentlich erweitert. Es enthält außer dem Wortlaut der kriegsgerichtlichen Erkenntnisse, der Einleitung, dem Schlusswort und dem dazu nöthig gewordenen Anhang nun auch noch den Prozeß gegen Kunert wegen Entnahme der kriegsgerichtlichen Urtheile aus den Breslauer Gefängnisakten, in welchem — — — Prozeß Kunert bekanntlich zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt wurde, die er z. B. verbüßt, und zwar: Anklage, Vertheidigung und das Urtheil des Breslauer Landgerichts, die Revision und das Urtheil der letzten Instanz, durch welche Bereicherung des Inhalts die Prozedur ein historisches Auktensstück von bleibendem Werthe geworden ist.

Das Schriftchen, das nun 6 1/2 Bogen stark geworden ist (früher 4 1/2, dann 5 Bogen) kostet 30 H. Wir können dasselbe zur Anschaffung auf's Wärmste wiederholt empfehlen.

Heft 10 des Volks-Lexikon. Herausgegeben von Emanuel Wurm. Verlag von Wörlein & Co. in Nürnberg, ist soeben erschienen und enthält folgende größere Artikel: Armenwesen (Schluß) — Armführer (mit Illustration). — Arsen, Artikel, Asien (Geographie und Kulturbild) — Aesthetik, Astronomie, Apyl, Atheismus, Aetherische Oele, Atmosphäre, Athmung. — Alle 14 Tage erscheint ein Heft.

„Die Wohlfahrt“, Zeitschrift für volksthümliche Heilweise und soziale Gesundheitspflege. Verlag von Josef Veranel, Reichenberg (Böhmen), Friedländerstraße 12. Abonnementspreis pro Jahr M. 3. Das soeben herausgegebene Heft 7 bringt folgenden Inhalt: Diphtheritis. Von H. St. Hofkato. Nach dem, was der Artikel über dieses Thema am Eingang bringt, zu urtheilen, müssen wir offen gestehen, daß es gewiß dazu beitragen wird, manches Vorurtheil zu zerstören, welches bis daher im Volke über Diphtheritis festgewurzelt war und noch leider ist. — Was leistet die Medicinwissenschaft? Was leistet die Naturheilkunde. Von G. E. Michel. — Gesichtsausruderkunde. Von C. A. Koller. Dieser Artikel bringt eine interessant-vollkommene Ansicht des „Goldenen Jortels“. — Wie das Volk wohnt und wie es wohnen sollte. Nach Dr. Th. Stamm. — Armut — Unwissenheit — Krankheit. — Die unwürdige Stellung des Arztes in der heutigen Gesellschaft. — Die Naturheilkunde und die Arbeiter. — Gemeinnütziges Allerlei: Zivilisation und Reinlichkeit. Erhalte dein Augenlicht! Zur Heilung der Influenza durch Wasserbehandlungen. Etwas vom Typhus. Elektrische Lichtbäder. Ein Brief Richard Wagner's über die Wasserkur. Ein guter Schlaf. Sonnenlicht und Gesundheit. — Vereinsnachrichten. — Bücherchau.

„Die Zeitschwingen“, Monatschrift für Volksbildung, Aufklärung und Unterhaltung. Verlag von J. Veranel, Reichenberg (Böhmen), Friedländerstraße 12. Preis pro Heft 40 Pf. Soeben erschien das 7. Heft, 5. Jahrgang. Inhalt: Die Kunst und die Arbeiter. Von Manfred Wittich. — Der Fortschritt in der Geschichte. Von N. Rogilewski. V. Die Möglichkeit des Fortschritts. — Zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Von A. Behr. VII. Philosophie für Arbeiter. Von Leopold Jacoby. — Was ist eine Idee? — Die Ursache der Sonnenwärme. — Die Schule — die Schule und nochmals die Schule. — Statistisches. — Jewilleton: Die Menschheit. Gedicht. — Die Rettung. Soziale Skizze von Karl Dheinka. — Neues aus dem Gebiete der Wissenschaft. — Literatur.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission für die Lokal-Vorstände resp. Vertrauensleute bei.

Versammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden Versammlungs-Anzeigen bis zu 3 Zeilen Raum unentgeltlich aufgenommen.)

- Altona. Mittwoch, den 8. August, bei Marjes, Blumenstraße 41.
Altenburg. Sonntag, den 12. August, Nachmittags 3 Uhr, im „Goldenen Löwen“, Paunzigergasse.
Ahrensbüttel. Mittwoch, den 8. August.
Barmen. Sonntag, den 12. August, bei Wälfing, Oberbörner- und Rodtegerstraßen-Ecke.
Böchem. Sonntag, den 12. August, in der „Germania-halle“.
Brinkum. Sonntag, den 12. August, Nachmitt. 3 Uhr, bei Meyer.
Berlin. Mittwoch, den 8. August, Abends 9 Uhr, bei Ehrenberg, Annenstr. 16.
Charlottenburg. Dienstag, den 7. August. (Siehe auch Anzeigenthel.)
Cuxhaven. Sonntag, den 12. August, bei Wwe. Bier in Nigebüttel.

- Celle. Mittwoch, den 8. August.
Danzig. Dienstag, den 14. August, im Verbandslokal, Breitegasse 42.
Essen. Sonntag, den 12. August, Nachmittags 4 Uhr, im Restaurant Franzen, Brandstr.
Glmshorn. Sonntag, den 12. August.
Frankfurt a. M. Donnerstag, den 9. August.
Fürth. Sonntag, den 12. August, Vormittags 10 Uhr, bei Zieck, Wassergasse.
Glogau. Dienstag, den 7. August, bei Weidner, Hinter Dom.
Guben. Mittwoch, den 8. August, Abends 6 1/2 Uhr, in der „Reichshalle“.
Hamburg. Dienstag, den 7. August, im „Engl. Tivoli“, St. Georg, Kirchenallee.
Halberstadt. Dienstag, den 7. August, in Bollmann's Lokal, Bakenstr. 63.
Harburg. Dienstag, den 7. August, bei Lüffenhopp, Bergstr. 7.
Jüchoc. Mittwoch, den 8. August.
Königsberg. Montag, den 6. August, Abends 7 Uhr, auf der Herberge, Magisterstr. 45.
Lehe-Großmünde. Dienstag, den 7. August, Abends 8 Uhr, auf der Zentralherberge.
Loßstedt. Donnerstag, den 9. August, Abends 8 Uhr, bei Schlüter.
Lübeck. Dienstag, den 7. August, Abends 8 1/2 Uhr, bei Spehrmann, Hundestr. 101.
Ludwigshafen. Jeden Sonnabend, Abends 8 Uhr, bei Peter Schulz, Friesenheimerstr. 47.
Neubrandenburg. Sonntag, den 12. August, Pfaffenstraße 29.
Rathenow. Sonnabend, den 11. August, Abends 8 Uhr, Brandenburgstr. 10.
Rendsburg. Dienstag, den 7. August, Abends 8 Uhr, bei Bitto.
Rixdorf. Sonntag, den 12. August, bei Besawanti, Ziehnstr. 63.
Sangerhausen. Mittwoch, den 8. August, Abends 8 Uhr, bei Adolf Mann.
Schwerin. Dienstag, den 7. August.
Steinbeck. Sonntag, den 12. August, Nachmittags 4 1/2 Uhr, im Vereinslokal.
Wilhelmsbaven. Freitag, den 10. August, Abends 8 Uhr, bei Heilmann in Bant, „Zur Arche“.
Wittenberge. Sonntag, den 12. August, Abends 8 Uhr, auf der Herberge.

Quittung.

Für die streitenden Zimmerer Danzigs gingen bei den Unterzeichneten vom 24. bis 31. Juli folgende Gelder ein: Stendal M. 10.

J. Schrader. S. Müllerstein.

Sterbetafel.

In Steinbeck verstarb am 6. Juli A. Marich.

Anzeigen.

(Laut Beschluß der Generalversammlung wird den Anzeigen der Kostenpreis in Klammern beigedrukt. Wir ersuchen nun, ohne weitere Aufforderung das Geld in Briefmarken unter der Adresse A. Bringmann, Hamburg-Warmbeck, Fehlersstraße 28, 1. Et., einzufenden. Von Zeit zu Zeit werden wir dann öffentlich darüber quittiren; dadurch werden ganz erhebliche Unkosten und auch ein groß Theil Arbeit gepart.)

Todes-Anzeige.

Am 27. Juli d. J. Morgens 4 1/2 Uhr, verstarb nach langem, schweren Leiden an Halschwindstucht im 53. Lebensjahre unser stets treues Verbandsmitglied, der Zimmerer

Franz Uecker.

[M. 3,90] Ehre seinem Andenken! Der Lokalverband Stargard i. B.

Verbandsmitglieder Dresdens!

Dienstag, den 7. August, Abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Volksbildungs-Vereins, Schöffergasse 23, I.:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

- 1. Bericht des Vertrauensmannes und Rechenschaftsbericht der Stellvertreter vom 2. Quartal.
2. Verbandsangelegenheiten.

Zu jedem Punkt Diskussion.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht [M. 1,50] Der Vertrauensmann.

Lokalverband Flensburg.

Sonntag, den 5. August:

Gewerkschaftsfest im Tivoli.

Sämmtliche Kameraden werden ersucht, sich präzise 4 Uhr auf der Herberge, bei Wwe. Jost, einzustellen. [M. 2,40] Der Vorstand.

Lokalverband Charlottenburg.

Am Dienstag, den 7. August, Abends 8 Uhr, bei S. Krause, Bismarckstr. 74:

Versammlung.

Tagesordnung:

- 1. Bericht des Kameraden Stehr über seine Agitationsreise.
2. Diskussion.
3. Gewerkschaftliches und Fragelasten.

Alle Mitglieder sind hierdurch eingeladen.

[M. 1,40]

Der Vorstand.

Genossen!

Kauft nur den Bleistift „Solidarität“ von Jean Bloß, Stein bei Nürnberg.

Fachschriften

für die Baugewerbe

in großer Auswahl. Franco-Zusendung bei Einsendung des Betrages. Bitte Katalog zu verlangen.

Joh. Sassenbach,

Bücher-Versand und Verlag, Berlin 4.

Verkehrslökal, Herbergen usw.

- Berlin N. Chr. Hilgenfeld, Bergstr. 60, Restauration, Arbeitsvermittlung und Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.
- B. Hippe, Martusstraße 14, Eingang Grünerweg, Arbeitsvermittlung. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
- Julius Naumann, W., Kulmstr. 36, Restauration, Arbeitsvermittlung. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
Bergedorf. Zentralherberge und Verkehrslökal bei Joh. Bez, Töpferstraße 8.
Breslau. Verkehrslökal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse: Herrenstr. 19, Brauerei. Zentralherberge. In den drei Tauben“, Neumarkt 8.
Charlottenburg. Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jedes Monats: Versammlung. Verkehrslökal sowie Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer beim Kameraden S. Krause, Bismarckstr. 74.
Danzig. Vereins- und Verkehrslökal (Privatlokal) des Lokalverbandes, Breitegasse 42. Dasselbe ist nur Abends von 6 Uhr ab geöffnet.
Dresden. Verkehrslökal und Herberge: „Gasthof zum goldenen Faß“, Münzgasse 3. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 2. Bezirk.
- Behl's Restaurant, Mittelstraße 6. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 1. Bezirk, sowie der Zentralkrankenkasse, Zahlstelle I.
- Zimmermann's Restaurant, Schönbrunnstr. 1. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 3. Bezirk, sowie alle 14 Tage der Zentralkrankenkasse, Zahlstelle II.
Düsseldorf. „Neue Welt“, Flingerstraße 37/39, Krankenkassen- und Verbandslokal, sowie Zentralherberge.
Hamburg. Zentralherberge: Bid (vormals Diehl), Große Rosenstraße 37.
Hamburg-St. Georg. Aug. Bräsecke, Steinhörweg 2, Keller.
Hamburg-Gimsbüttel. Fr. Lemde, Verkehrslökal Belle-Alliancestr. 49.
Hamburg-Warmbeck. O. Niemeyer, Wohldorferstr. 9, 2. Et. Vermietung von Zimmererwerkzeug.
Hamburg-Warmbeck. Verkehrslökal für Zimmerer, Rud. Ellerbrock, Hamburgerstraße 134, gegenüber der Elbstraße.
Hannover. Versammlungslokal bei Volke, Neust. 27, Zentralherberge bei Klingst, Ballhofferstr. 1.
Harburg. Versammlungslokal der Zimmerer u. Zentralherberge bei Herrn Lüffenhopp, erste Bergstraße 7.
Kellinghusen. Herberge und Vereinslokal: S. Wäge, „Volkshalle“.
Leipzig. Verkehrslökal und Arbeitsnachweis bei Gilies, Restauration, Universitätsstr. 6. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse „Universitätskeller“, Ritterstr. 7. Herberge Al. Fleischerstraße, Mag. Saupé's Restaurant. Kassirer der Zentralkrankenkasse: Joseph Fritsche, Leipzigerstr. 3 und August Kaiser, Friedrichstr. 41.
Lübeck. Verkehrslökal: Fr. Späthmann, Hundestr. 101. Arb.-Nachw.: W. Hornmann, Schlumacherstr. 5/16.
Rostock. Verkehrslökal für die Verbandsmitglieder und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei W. Marien, Beguinenberg 10.
Spanbau. Zimmererherberge und Verkehrslökal bei N. Schulz, Adamstraße 9.
Stettin. Verkehrslökal, Vogelhäus, Zahlstelle des Verbandes deutscher Zimmerleute und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei Fr. Harrath, Bogislawstr. 22.
Stuttgart. Verkehrslökal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse, Holzstraße 18. Zentralherberge, „Gasthaus zum Hirsch“, Hirschstraße 14.
Wilhelmsbaven. Verkehrslökal und Herberge im Vereins- und Konzerthaus „Zur Arche“ in Bant. Arbeitsnachweis bei G. Gerdes, Neue Wilhelmsbavenerstraße 4.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.